Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Weudemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 82. **Halle, Dienstag den 4. September 1917.** **1. Jahrgang.**

Riga in deutscher Hand.

W. T. B. Berlin, 3. September 1917, abends. (Amtlich.) Riga ist genommen.

Wilsons Leimruten.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seiner Ablehnung der päpstlichen Friedensvermittlung für das deutsche Volk Leimruten ausgelegt. Wir haben sie schon in der letzten Nummer aufgedeckt und vor dem Betreten gewarnt. Nun wird uns dazu noch vom Genossen Reichstagsabg. Robert Schmidt geschrieben:

Es gibt Leute, denen man nicht gram sein kann, wenn sie lügen; man weiß: sie lügen harmlos und wollen niemand schädigen. Man pflegt in solchem Falle zu sagen, der Mensch lügt angenehm. Bedenklicher wird die Sache schon, wenn ein geschickter Mensch seine Lügen dazu benutzt, um auf Urteilslose den Eindruck zu machen, als ob ihn die lautersten und ehrlichsten Absichten leiteten und er nur das Interesse der Belogenen wahrnehmen wolle.

Von diesen Lügen enthält die Wilsonsche Note reichlich viel. Sie hat auch schon einige der Leute eingefangen, auf die die Lüge berechnet war.

Die große Lüge, die durch die Note geht, ist in der

Hochachtung vor dem deutschen Volke

versteckt, dem die ganze Wilsonsche Verachtung der deutschen Regierung gegenübersteht. In Verbindung damit das geschickte Blendwerk, als wenn nur die Demokratie Deutschland retten könnte, als wenn sie die einzige Sicherheit für den Friedensschluß gewährte, und die Wiederholung eines ähnlichen Krieges nur durch demokratische Garantien unmöglich gemacht würde.

Bürgerliche Demokraten mögen sich von dieser angenehmen Lüge schnell einseifen lassen, für die Sozialdemokratie kann es eine solche Bewertung der Demokratie nicht geben. Die bürgerliche Demokratie — denn um diese handelt es sich heute in allen Staatsorganisationen — bietet ebensowenig eine Gewähr für einen dauernden Frieden als irgendein autokratisches Regiment. Ob die Autokratie beherrscht wird von kapitalistischen Interessen oder die Demokratie Vertreter kapitalistischer Interessengruppen in der Regierung hat, ist in der Wirkung auf die imperialistischen Bestrebungen gleichgültig. Die Sozialdemokratie hat nie der Auffassung gehuldigt, daß in den demokratischen Ländern die einzige Sicherheit für einen Völkerfrieden gegeben wäre. Sie weiß viel zu gut, daß die

Ursachen der Kriege tiefer liegen

als im Regierungssystem eines Landes.

Die Demokratie Englands hat es nicht verhindert, daß — um nur ein Beispiel anzuführen — die Burenrepublik im Jahre 1902 nach langen harten Kämpfen unterdrückt wurde. Noch weniger hat sie es vermocht, die gewissenlose Ausbeutung des indischen Besitzes zu mildern. Grund: in der englischen Demokratie hat das kapitalistische, imperialistische Streben die Herrschaft.

Das gleiche Regiment hat Frankreich in den Krieg gegen Marokko geführt. Wohl war in einem kleinen Teile der Bevölkerung eine starke Abneigung gegen diesen Krieg vorhanden, aber die Demokratie Frankreichs hat sich nicht darin stören lassen, diesen Krieg, der sehr schwere Opfer forderte, aus rein kapitalistischen Interessen bis zu Ende zu führen. Ganz zu schweigen von der Demokratie in Italien, die bei dem Feldzug gegen Tripolis, der sicherlich keine unbedeutende militärische Aktion war, mit Hurra die Expansionsbestrebungen der italienischen herrschenden Kapitalistenklasse unterstützte. Als 1912 die italienische Regierung das Annexionsdekret in der Kammer vorlegte, stimmten sogar von 21 Sozialisten nur 9 dagegen.

Schon diese wenigen Beispiele aus den letzten kriegerischen Aktionen der Demokratie in den „freien Ländern" liefern den Beweis dafür,

wie lächerlich dumm

die Voraussetzung ist, daß künftig durch demokratische Einrichtungen in den kapitalistischen Staatsgebilden Kriege vermieden werden könnten. Was will ferner die Phrase sagen, es müßte der Geheimdiplomatie der Krieg erklärt werden, während die neue demokratische russische Regierung bis heute nicht dazu gekommen ist, auch nur ein diplomatisches geheimes Aktenstück der Oeffentlichkeit zu übergeben!

Der deutschen Sozialdemokratie ist es sehr ernst um die Einführung politisch-demokratischer Institutionen in Deutschland. Sie wird alle ihre Kräfte dafür einsetzen, aber sie ist nicht so töricht, dieses System zu überschätzen. Denn die Enttäuschung könnte nachher in der Bevölkerung eine sehr herbe werden. Für unsre Partei ist die

wirtschaftliche Struktur

des Staatsgebildes das entscheidende. Demokratische Einrichtungen allein können die Hoffnung nicht erfüllen, die naiverweise gar viele in friedensfrohe Stimmung wiegt.

So entschieden vom sozialdemokratischen Standpunkt eine internationale Vereinbarung gefordert wird, die durch Schiedsgerichtsverfahren Kriege verhindert; für so dringend notwendig wir es erachten, daß eine Abrüstung in allen europäischen Militärstaaten nach dem Kriege durchgeführt wird, so politisch naiv wäre es zu glauben, daß bei Erfüllung aller dieser Forderungen künftig alle Konflikte vermieden werden könnten. Auch in diesen überstaatlichen Gebilden, wie man es nennt, werden sich Gegensätze geltend machen, die unter Umständen wieder auf gewaltsame Lösung drängen. Wenn in diesen Staatengebilden eine Gruppe sich dem Schiedsspruch nicht fügt, werden die andern zum Vollzug ihrer Entscheidung zur Gewalt greifen müssen.

Die Demokratie wird um so weniger ein Gewicht gegen kriegerische Verwicklung bilden, so lange man es, wie in Rußland und Italien, mit einer großen Zahl von Analphabeten zu tun hat, denen jede politische Orientierung und Aufklärung fehlt. Solche Massen lassen sich sehr leicht zu

Trägern kapitalistischer Interessen

mißbrauchen. Wem es heute Ernst ist um den Frieden, der kann sich durch die in allen gleisnerischen Farben spielende, für das deutsche Volk angenehm klingende Lüge, mit der deutschen Demokratie wäre ein Frieden zu schließen, nicht aber mit dem autokratischen Regiment, nicht irreführen lassen. Glauben sich die Entente-Mächte stark genug, in einer überstaatlichen Organisation dem Frieden Sicherheit zu bieten, so sind die Bedingungen, die sie vor einem Eingehen auf Friedensverhandlungen geltend machen, unlogisch. Es müßte genügen die Zusage für Friedensverhandlungen, die Bereitwilligkeit, an einer internationalen Vereinbarung teilzunehmen, wie sie von der deutschen Regierung ausgesprochen ist, um dann mit dieser Organisation den angeblich Unzuverlässigen zu zwingen. In diesem Falle würde man an dem demokratisch gesinnten Deutschland einen starken Rückhalt haben. Denn in Deutschland ist es um die politische Aufklärung gerade nicht zum schlechtesten bestellt.

Deshalb klingt auch die Versicherung der Wilsonschen Note, daß man keine Repressalien gegen das deutsche Volk ausüben wolle, als ein heuchlerisches Gerede, eine Lüge, die nur darauf berechnet ist, politische Gimpel einzufangen. Jede Fortsetzung des Krieges ist eine Repressalie gegen das deutsche Volk. Anders können die militärischen Machtmittel der Entente nicht wirken. Wer etwas andres behauptet, belügt und betrügt auch sein eignes Volk. Denn kein Volk bleibt von den Leiden des Krieges verschont.

* *

Wer kriecht auf den Leim?

Mit jubelnder Genugtuung stellt die alldeutsch-konservativ-agrarische „Deutsche Tageszeitung" fest: „Die deutsche Demokratie stellt sich auf die Seite des Herrn Wilson! Die Entente, deren Wortführer Herr Wilson in diesem Fall ist, und die Gruppen der deutschen Mehrheitsparteien marschieren Arm in Arm, um die deutsche Regierung zu zwingen, den Willen der Gegner zu erfüllen." Und tags darauf triumphiert die Wortführerin der Eroberungspolitiker: „Die deutsche Demokratie glaubt, daß Wilson mit seinen Anklagen und Behauptungen recht hat!"

Wenn es wahr wäre, daß die deutsche Demokratie dem Wortführer der Entente zujubelte, dann wäre es ja schade um jeden Soldaten, der noch eine Stunde länger an der Front ausharrte. Dann täten wir ja besser, um jeden Preis Schluß zu machen und den Hals unter das Joch der

amerikanischen und englischen Kapitalisten

zu strecken. Denn darüber ist sich doch die „Deutsche Tageszeitung" hoffentlich auch nicht unklar: gegen vier Fünftel der Welt und gegen die deutsche Demokratie zugleich kann Deutschland nicht weiterkämpfen.

Zu Deutschlands Glück ist die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung" eine dreiste Unwahrheit. Nur der „Vorwärts" hat der Versicherung Wilsons Glauben geschenkt und darauf gestützt die Forderung nach der Demokratisierung Deutschlands unterstrichen. Die übrigen Blätter, auch bürgerlich-demokratische, haben den Zweck der amerikanischen Uebung sofort erkannt. Die „Frankfurter Zeitung", die ebenfalls für Parlamentarisierung und Demokratisierung eintritt, lehnt die Bedingung der Wilson-Note als eine heuchlerische Dreistigkeit rundweg ab. Deutschlands autokratische Regierung habe 43 Jahre lang Frieden gehalten, länger als jede Demokratie. Früher als jede Demokratie habe sich auch Deutschland jetzt wieder zum Frieden bereit erklärt. Lloyd George, Ribot und Wilson wären froh, wenn sie bei ihrer Kriegshetze einen so großen Teil des Volkes hinter sich hätten wie die deutsche Regierung bei ihrem Friedensstreben. Die deutsche Demokratie habe keinen furchtbareren Feind als Wilson und seine Ententegenossen. Die französischen Friedensfreunde werden gemordet wie Almereyda, die englischen ins Gefängnis geworfen wie Morel, und in Amerika unterdrückt der letzte Zar Woodrow Wilson sämtliche sozialistischen Zeitungen. Die „Frankfurter Zeitung" fällt daher über Wilsons Note das Urteil, daß sie aus scheinheiligen und dreisten Phrasen, aus Entstellungen und Beschimpfungen bestehe.

Das Organ der Unabhängigen, die „Leipziger Volkszeitung", lehnt eine Untersuchung darüber ab, wie weit Wilson ehrlich an das glaube, was er sage. „Daß die eigentlichen Macher der amerikanischen Politik sich im innern Kern von denen in andern Ländern nicht wesentlich unterscheiden, daß es ihnen um

Macht und wirtschaftliche Vorteile

geht, wo sie Recht und Freiheit sagen, darüber braucht man sich nicht zu streiten!" Das deutsche Volk betreibe die Demokratisierung seiner politischen Einrichtungen um seiner selbst willen. Liebedienerei vor dem Ausland spiele dabei keine Rolle, aber wir könnten auch eine alte von uns längst vertretene Forderung nicht aufgeben, weil jetzt die Feinde sie erheben. „Ob die feindlichen Regierungen später neue Vorwände finden würden, um auch den Krieg gegen ein demokratisiertes Deutschland weiter fortzusetzen, soll dabei durchaus eine offne Frage bleiben." Als Gesamturteil über die Wilson-Note wird gesagt, daß sie nicht Hoffnungslosigkeit erzeugen dürfe; ob der Papst seine Vermittlungsversuche fortsetzen könne, sei ja zweifelhaft, und insofern habe Wilsons Antwort Hoffnungen zerstört. Aber deswegen dürfe der Kampf für den Frieden nicht ruhen.

Das alles kann man unterschreiben. Daraus zu folgern, daß die deutsche Demokratie oder auch nur ein wesentlicher Bestandteil von ihr Wilsons Anklagen, Behauptungen und Forderungen gutgeheißen hätte, ist aber eine Verdrehung.

Die Möglichkeit glücklicher Beendigung des Krieges beruht auf der Geschlossenheit des deutschen Volkes. Fanatiker von rechts und links suchen sie zu zerstören. Die „Deutsche Zeitung" wagt es in ihrer Sonntagnummer zu schreiben, der Leutnant mit seinen zehn Mann solle aus dem Toben der Schlacht nach Berlin kommen und zu seiner Erholung den Reichstag auseinandersprengen. Die deutsche Demokratie steht dagegen für den Reichstag ein. Sie kämpft für die Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands. Aber nicht wegen und mit Wilson, sondern trotz und gegen Wilson! —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170904-10/fragment/page=0001

Die Kleidernot.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Wie sich auf dem Gebiete des Ernährungswesens Ketten- und Schleichhandel, Schiebungen und Hamsterei breitgemacht haben, so auch auf dem Gebiete des Bekleidungswesens. Wenn wir heute die drei Kriegsjahre überblicken, so ist ein ständiges Steigen der Preise noch für die Kleidung — jetzt bis zu wirklich fabelhafter Höhe — festzustellen. Es ist die dringende Frage aufgeworfen worden, ob die Reichsbekleidungsstelle, die ja aus der Erwägung heraus gegründet wurde, den Bedarf an Kleidung für die Bevölkerung sicherzustellen und als Regulator den privatwirtschaftlichen Betrieben gegenüber zu wirken, nichts tun konnte, resp. ob sie etwas getan hat, um auch die Preise für Kleidungsstücke in vernünftigen und erschwinglichen Grenzen zu halten.

Seit Mitte des vorigen Jahres hat die Reichsbekleidungsstelle sich eine Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft als Geschäftsstelle angegliedert. Die Kriegswirtschafts-Akt.-Ges. (KWAG) ist mit 16 Millionen Mark fundiert, was beweist, daß mit einem großen Umsatz gerechnet wird. Die Art und Weise, wie von dieser Stelle aus die Waren, Stoffe oder die fertige Kleidung in den Verkehr gebracht werden, fordert aber ohne weiteres zu herber Kritik heraus. Man hätte erwarten dürfen, daß die Waren wenigstens für die weniger bemittelten Bevölkerungsschichten auf einem Wege vermittelt worden wären, der die möglichst geringsten Spesen erfordert hätte. Wie bei allen ähnlichen Gesellschaften hat wohl diese Absicht auch von vornherein bestanden, aber auf dem Wege, der dazu eingeschlagen wurde, ist das gerade Gegenteil erreicht worden.

Die von der KWAG. erworbenen Waren werden nur an Fabrikanten- und Grossistenvereinigungen verkauft, die wiederum verpflichtet sind, ihren Mitgliedern und Berufsgenossen die Waren zu einem festgesetzten Preis abzulassen. Insgesamt sind 38 Verbände und Vereinigungen zur Verteilung zugelassen. Wollte man schon den Handel hierbei nicht ganz ausschalten, dann hätte man sich aber nur derjenigen Gruppe bedienen dürfen, die direkt mit dem Verbraucher in Verbindung stand, mit dem Tuchhändler. Statt dessen hat man gegenteilig den Kleinhandel gänzlich von der Belieferung ausgeschaltet, zum Schaden des letzteren und zum Schaden der konsumierenden Bevölkerung.

Noch weniger als die Zuweisung von Stoffen an die Tuchhändler ist solche an die Fabrikantenverbände zu verstehen, die sich früher niemals mit dem Tuchhandel beschäftigt haben. Ja, viele Fabrikanten haben sich geradezu geweigert, Waren zu übernehmen, weil sie sich nicht zu Tuchhändlern „degradieren" lassen wollten. Schon das hätte der Reichsbekleidungsstelle zu denken geben müssen, denn das beweist von vornherein, daß dadurch die Ware in ganz fremde Kanäle geleitet wurde und so notwendigerweise eine Verteurung erfahren mußte.

Daß wirklich eine Verteurung der Waren durch die Heranziehung der Fabrikanten- und Grossistenverbände eingetreten ist, mögen einige Beispiele beweisen: Nehmen wir an, die KWAG überweist dem Tuchfabrikanten ein Stück Ware zum Preise von 10 Mark pro Meter. Der Tuchfabrikant setzt dasselbe an den Tuchgroßhändler ab mit 13,64 Prozent Aufschlag. Das sind 1,37 Mark pro Meter oder 11,37 Mark als Verkaufspreis. Denselben Satz bringt der Tuchgroßhändler in Ansatz, 11,37 + 13,64 Prozent = 1,55 Mark = 12,92 Mark. Der Kleiderhändler darf 25 Prozent zuschlagen = 16,15 Mark. Würde das gleiche Stück Stoff den direkten Weg zum Kleinhändler nehmen, so würde sich der Preis stellen: 10 Mark + 25 Prozent = 12,50 Mark. Der Stoff ist also verteuert um zirka 4 Mk. pro Meter = 40 Prozent.

In noch weit größerem Verhältnis tritt jedoch die Verteurung bei fertiger Konfektion zutage. Wieder sei angenommen, der Stoff koste 10 Mark pro Meter. Der Tuchfabrikant setzt den Stoff zu 11,37 Mark an den Tuchgroßhändler ab, dieser mit 12,92 Mark an den Konfektionär. Da ergibt sich folgende Berechnung für den fertigen Anzug:

3 Meter Stoff à 12,92 Mk. .	38,76 Mk.	
Weitere Herstellungskosten . .	25,00 „	63,76 Mk.
25 Prozent Zuschlag Friedensgewinn . .	15,94 „	
		79,70 Mk.
Der Kleinhändler darf 30 Prozent zuschlagen	23,91 „	
		103,61 Mk.

Letzterer Preis stellt den zulässigen Ladenpreis dar. Angenommen aber, der Stoff macht den Weg direkt zum Konfektionär:

3 Meter Stoff à 10 Mk. . .	30,00 Mk.	
Herstellungskosten	25,00 „	55,00 Mk.
25 Prozent Friedensgewinn .	13,75 „	68,75 „
30 Prozent vom Kleinhändler .	20,60 „	89,35 „

Eine Verbilligung also um 14,25 Mark. Eine noch größere Verbilligung würde sich erzielen lassen, wenn die Stoffe durch die Berufsvereinigungen direkt an ihre Mitglieder zum Verarbeiten gegeben würden. Da würde sich folgende Rechnung ergeben: 3 Meter Stoff à 10 Mark = 30 Mark, Fertigstellungskosten 25 Mark + 30 Prozent Zuschlag, macht einen Gesamtpreis von 71,50 Mark. Das würde einen Unterschied im Verkaufspreis von 32,10 Mark bedeuten, resp. durch die Art, wie die Reichsbekleidungsstelle die Verteilung der Stoffe und Waren vornimmt, werden Arbeiteranzüge um nahezu die Hälfte, um 45 Prozent verteuert.

Nun ist unterdessen der Handel mit Altkleidern in allen größeren Städten verstaatlicht worden. Was aber beim Altkleiderhandel nötig und möglich war, muß mindestens auch die Richtlinien für die Versorgung der Bevölkerung mit neuen Kleidern ergeben. Wie die Mehrzahl der Arbeiter es ermöglichen soll, die heute geforderten Preise für Kleidung und Schuhwerk zu erschwingen, das ist eine Preisfrage, denn nicht alle haben die hohen Löhne der Rüstungsarbeiter.

Die oben angeführten Berechnungen stellen ja nur Beispiele dar, wie sich durch das Verteilungssystem der KWAG die Preise unnötig verteuern; die Beispiele können sich auch nur auf Stoffe oder Kleider beziehen, die von der KWAG in Vertrieb kommen. Daneben stehen aber nun die privatwirtschaftlichen Betriebe, die mit ihrem zu erzielenden Nutzen nur dort eine Grenze finden, wo sie mit den Kriegsbestimmungen über den Wucher zu kollidieren drohen.

Ein gewöhnlicher Buckskinstoff, wie er zu Arbeiteranzügen Verwendung findet, kostete vor dem Kriege 4 und 5 Mark pro Meter; heute dagegen ist der Preis dafür bereits bis zu 37 Mark pro Meter gestiegen. Da kommt ein Maßanzug auf 160 Mark. Das ist auch heute für viele Arbeiter noch mehr als ein Monatsverdienst. Von besserem Stoff ist der Anzug natürlich noch teurer; Forderungen von 200 Mark, ja 250 Mark, ja 300 Mark sind gar keine Seltenheiten für einen Maßanzug mittlerer Qualität. Konfektionsanzüge für junge Leute von 15 bis 16 Jahren kosten 90 bis 100 Mark.

Deswegen ist es dringend notwendig, daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung andre Wege eingeschlagen werden, als sie die KWAG der Reichsbekleidungsstelle wandelt. Bei allen Waren, die sie vertreibt, muß aller überflüssiger Zwischenhandel und damit jede unnötige Verteurung ausgeschaltet werden. Die Waren sollten in Zukunft nicht mehr an Fabrikanten und Tuchgroßhändler abgegeben werden, sondern sie müssen den direkten Weg in die Werkstätten finden, vielleicht über die Berufsvereinigungen. Noch besser würde es sein, wenn die KWAG direkt Anzüge arbeiten ließe und den Gemeinden zum Vertrieb überweisen würde. Soweit bekanntgeworden ist, haben sich schon viele Gemeinden mit dahinzielenden Anträgen an die Reichsbekleidungsstelle gewandt, ohne jedoch die erwartete Berücksichtigung zu finden. Wenn es auch nicht angängig ist, planlos diesen Wünschen nachzugeben, weil dadurch anderseits die Arbeiterbevölkerung der Gemeinden, die bis jetzt noch keine solche Anforderungen stellten, geschädigt würde, so kann die Reichsbekleidungsstelle doch nicht umhin, einen Verteilungsschlüssel aufzustellen, der das ermöglicht.

Wenn dabei die Interessen einzelner geschädigt werden, so ist das weniger bedenklich, zumal es fast nur Kreise treffen würde, die in Ansehung ihrer Kriegsgewinne einen solchen Schaden leicht tragen könnten. Im Vordergrunde muß das Interesse stehen, den weniger bemittelten Arbeiterschichten den Bezug von Kleidung zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

Der Weg, der im Altkleiderhandel gangbar war, muß es auch hier sein. —

Was der Krieg bringt.

Die Düna überschritten.

Die deutsche Heeresleitung meldet in ihrem Abendbericht vom Sonntag, daß deutsche Korps südöstlich von Riga über die Düna gegangen sind. Unter ihrem Drucke haben die Russen begonnen, ihren Brückenkopf westlich des Flusses eilig zu räumen.

Die Düna ist in ihrem Unterlauf flußabwärts Dünaburg zwischen Flachufern versandet, während sie kurz zuvor den Baltischen Höhenrücken durchschnitt und in einem tiefen Bette mit 13 Meter hohen Ufern dahinfloß. Bei Hochwasser herrscht auch auf diesem Teile des Flusses ein reger Schiffsverkehr, während zu allen Zeiten die Strecke von der Mündung bis nach Riga für größere Schiffe durch eine ausgebaggerte Rinne befahrbar ist, die südlich Riga fehlt und durch ihr Fehlen das Ueberschreiten des Flusses auf der Strecke von dem Austritt der Düna aus dem Baltischen Höhenrücken bis nach Riga leichter macht als an andern Stellen. Bei Riga hat der Fluß eine Breite von 600 Metern. Von Ende November an ist das Ueberschreiten des Flusses in der Regel dadurch erleichtert, daß er zugefroren ist. —

* * *

Am San Gabriele.

In ihrem Sonnabend-Bericht teilt die österreichische Heeresleitung mit, daß der Monte San Gabriele abermals wie an den vorangehenden Tagen der Schauplatz erbitterten Ringens war. Von Norden und Westen her, so heißt es in dem Bericht, drangen die an Zahl weit überlegenen Angreifer auf unsre tapfere Besatzung ein. Auf dem Nordteil des Berges lag das Schwergewicht des Kampfes. Unsre über alles Lob erhabene Infanterie sing, wiederholt zum Gegenstoß übergehend, alle Anstürme auf. In der Nacht zum 1. September sind hier zehn Offiziere und 315 Mann sechs italienischer Regimenter als Gefangene in der Hand der tapfern Verteidiger geblieben.

Triest wird fast täglich von feindlichen Fliegern mit Bomben beworfen, wobei u. a. auch bereits das bischöfliche Palais beschädigt wurde. —

* * *

Mehr als 6 Millionen Tonnen.

Die beiden letzten Meldungen des deutschen Admiralstabschefs über neue Versenkungen lauten folgendermaßen:

Unsre und die verbündeten Unterseeboote im Mittelmeer haben, ungeachtet verstärkter feindlicher Gegenwirkung, wieder zwölf Dampfer, vierzehn größere und zehn kleinere Segler mit einem Gesamtraumgehalt von rund 46 000 Tonnen versenkt.

Darunter befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Llanishen" (3837 Tonnen), „Llandudno" (4187 Tonnen), mit Pferdefutter für die Salonikiarmee, „Incomore" (3060 Tonnen), „Goodwood" (3086 Tonnen), der japanische Dampfer „Bandai Maru" (3227 Tonnen) und der griechische Dampfer „Zejostris" (3029 Tonnen), letzterer mit 4115 Tonnen Erz von Tunis nach England. Von elf versenkten italienischen Seglern waren vier mit Phosphat nach Italien beladen.

Am 22. August wurde der schnelle französische Hilfskreuzer „Golo" mit 200 Mann des französischen Korfugeschwaders und serbischen Offizieren an Bord südlich Korfu versenkt. Vier serbische Obersten, darunter ein Divisionskommandeur, wurden gefangen eingebracht.

Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal und Atlantischen Ozean: Vier Dampfer, zwei Segler mit 17 500 Bruttoregistertonnen, und zwar: drei bewaffnete tiefgeladene Dampfer, die französischen Raaschoner „Maria Alfred", mit Salzladung für Fécamp, und „Pauline Louise" sowie ein Dampfer, der 5700 Tonnen Zucker für Frankreich geladen hatte.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen unsrer U-Boote sind seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges bereits mehr als sechs Millionen Bruttoregistertonnen des für unsre Feinde nutzbaren Handelsschiffsraums versenkt worden. —

* * *

Seegefecht bei Jütland.

Am 1. September frühmorgens, so gibt der deutsche Admiralstabschef bekannt, stieß nördlich von Horns Riff eine unsrer Sicherungspatrouillen auf englische Kreuzer und Torpedoboote. Nach kurzem Gefecht entzog sich der Feind, der durch eins unsrer Flugzeuge mit Bomben belegt wurde, dem Eingreifen stärkerer Streitkräfte. Von uns wurden vier als Vorpostenboote verwendete Fischdampfer beschädigt und in dänischen Hoheitsgewässern auf den Strand gesetzt. Der größte Teil ihrer Besatzungen scheint gelandet zu sein.

Es liegen bereits allerlei private Einzelmeldungen über das Seegefecht vor, aus denen wir folgendes hervorheben:

Nach einer Blättermeldung aus Ringköbing fand das Treffen am Sonnabend früh gegen 6 Uhr vor Bjerregaard statt. Man beobachtete 14 bis 15 englische Schiffe, die vier deutsche Wachtschiffe angriffen. Diese zogen sich vor der überwältigenden Uebermacht auf die dänische Küste zurück, wo sie auf Grund liefen. Sie erwiderten dabei ununterbrochen das Feuer der Engländer. Die Engländer setzten das Feuer weiter fort, wodurch zwei deutsche Schiffe in Brand gerieten. Gegen hundert deutsche Seeleute gingen an Land. Zwei deutsche Matrosen sollen getötet, einige andre verletzt sein. Viele Granaten sind an Land niedergefallen. Viele flogen bis in den Fjord von Ringköbing hinein. Einige trafen den Ort Bjerregaard, wo ein Haus beschädigt, aber sonst niemand verletzt wurde. Deutsche Flugzeuge und Unterseeboote nahmen am Kampfe teil. Ein englisches Kriegsschiff schien schwer getroffen, konnte sich aber mit den andern Schiffen entfernen.

Nach dem Kampfe fand man in der Nähe von Bjerregaard eine englische 75-Millimeter-Granate, die nicht explodiert war. Gegen 8 Uhr früh spielte sich auf See ein neuer Kampf ab, nachdem deutsche Verstärkungen hinzugekommen waren. Dies geschah außerhalb Rushö. Man sah zwei Reihen von Schiffen, die sich gegenseitig beschossen. Soweit zu erkennen war, zählte die eine Reihe acht, die andre fünf Schiffe. Das Ergebnis ist unbekannt. Längs der Westküste wurde eine Anzahl Flugzeuge und Unterseeboote beobachtet. Gegen 10 Uhr vormittags trafen an der Strandungsstelle sechs deutsche Kriegsschiffe ein, die von einem Wasserflugzeug begleitet waren. Die englischen Torpedojäger waren bald nach dem Kampfe nordwärts abgefahren. Nachmittags um 3½ Uhr verließen die deutschen Kriegsschiffe wieder die dänische Küste. Nach einer andern Meldung will man bei Hurwig gesehen haben, wie ein deutsches Flugzeug abgeschossen wurde. Diesem näherte sich alsbald ein zweiter Flieger. Man nimmt an, daß die gelandeten deutschen Seeleute in Esbjerg interniert werden sollen. „Strandvogt" in Bjerreggard meldet, daß sich unter ihnen nur zwei Schwerverletzte befinden.

Ein deutscher Marinesoldat teilte „Ringköbing Amtsavis" mit: Wir lagen nachts bei List. Morgens gingen wir nordwärts. Um 6 Uhr 15 Minuten entdeckten wir plötzlich überlegene englische Seestreitkräfte im Süden, Westen und Norden, die einen Halbkreis um uns bildeten. Wir versuchten, ihnen zu entkommen. Als sie aber den Halbkreis einengten und es klar wurde, daß wir ihnen nicht entgehen konnten, gingen alle vier Schiffe mit Volldampf gegen die dänische Küste. Wir fro-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170904-10/fragment/page=0002

voraus, daß die englischen Schiffe die Beschießung einstellen würden, denn sie sahen, daß die Schiffe an der Küste gestrandet seien. Dies geschah nicht. Die Beschießung wurde fortgesetzt. Alle Schiffe wurden unter der Wasserlinie getroffen, ehe sie strandeten. Als die Engländer nach der Strandung die Beschießung fortsetzten, mußten wir die Schiffe verlassen. Erst als die Engländer sahen, daß wir an der Küste antrieben, stellten sie das Feuer ein und dampften nordwärts.

Oberheizer Kleber ertrank beim Versuch, an Land zu schwimmen. Kein Deutscher wurde getötet, zwei leicht verwundet nach dem Krankenhaus in Ringköbing gebracht. Die deutschen Matrosen, 98 an Zahl, befinden sich in Bjerregaard. Außerdem noch zehn Soldaten von einem Boote, das die deutschen Torpedojäger vormittags an die Strandungsstelle sandten, wo es ketterte. Alle werden morgen nach Ringköbing geführt. Der Strand ist in drei Kilometern Breite mit Wrackstücken und Schiffsgerät übersät. Von Esbjerg kam eine Abteilung von 40 Soldaten zur Bewachung an. Kurz nach der Strandung entstand auf dem Minensucher „Heinrich Bruns" Feuer. Gegen 7 Uhr explodierte die Pulverkammer. Die vier Schiffe stehen 50 Meter vom Lande fest.

Nach andern Meldungen hatten die Deutschen zwei bzw. drei Tote. Die vier beteiligten Schiffe waren „Kreseln", „Admiral Schröder", „Mintelin" und „Heinrich Bruns". Dieses Schiff wurde durch Explosion zerstört.

„Politiken" meldet, daß nach einer Mitteilung deutscher Matrosen die Engländer Granaten mit Giftgasen anwandten und die hilflosen deutschen Seeleute mit Maschinengewehren beschossen.

Die englische Admiralität hat folgenden Bericht herausgegeben: Unsre leichten Streitkräfte zerstörten heute (Sonnabend) morgen vier feindliche Minensucher vor der Küste von Jütland.

Meldungen darüber, welche Schritte Dänemark unternehmen will wegen der offenkundigen schweren Verletzung seiner Neutralität durch die Engländer liegen noch nicht vor. —

* * *

Deutscher Durchbruch in Ostafrika.

Das englische Kriegsamt meldet aus Ostafrika:

Die sich zusammenschließenden englischen und belgischen Kolonnen säuberten ein großes Gebiet in Richtung auf Iringa vom Feind. Alle Deutschen in jener Gegend wurden südlich des Ulanga-Flusses getrieben. Die feindliche Streitmacht, die bei Mpwapwa, 65 Meilen (rund 104 Kilometer) südwestlich von Mahenge umzingelt worden war, brach in der Nacht zum 27. August durch und marschierte auf Mahenge. Sie erlitt schwere Verluste. Unsre Truppen verfolgen sie. Bei unserm Vormarsch durch portugiesisches Gebiet von Johnston am Südende des Nyassa-Sees aus besetzten wir Tunduru. In den andern Gebieten ist die Lage unverändert. Unsre Kolonnen erhalten aber den Druck auf die feindlichen Abteilungen aufrecht.

Aus dem Bericht ergibt sich sonach ein völliger Fehlschlag der feindlichen Operationen. —

* * *

Brandkatastrophe in Kasan.

Pariser Blätter melden aus Petersburg: Am 27. August explodierte auf dem Bahnhof von Kasan ein Eisenbahnwagen mit Munition. Es entstand ein ungeheurer Brand, der sofort auf das Hauptmunitionslager übergriff und eine Reihe stärkster Explosionen hervorrief, die die Erde wie bei einem Erdbeben erzittern ließen. Zahlreiche Gebäude wurden beschädigt. Eine Anzahl Granaten und Schrapnellsplitter regneten über die Stadt. Die Bevölkerung und der größte Teil der Garnison floh auf die Felder, während Diebe die Läden und Wohnungen plünderten, so daß sich schließlich das Militär zum Eingreifen veranlaßt sah. Ein großes Naphthareservoir mit 2000 Pud Naphtha für das Kriegsministerium explodierte, wodurch neue Explosionen entstanden. Die Stadt war abends noch in dichten Rauch gehüllt.

In den Straßen lagen Tote und Verwundete. Auch der Militärgouverneur von Kasan, General Linnikth, ist schwer verwundet. Der Brand der Stadt dauerte 36 Stunden, der Schaden ist nicht abzuschätzen.

Reuter meldet, daß bei dem Brande viele tausend Menschen getötet bzw. verwundet wurden.

Zu dem Brand erfährt der Stockholmer Berichterstatter des „Allgemeen Handelsblad" ferner von russischer Seite, daß in Kasan Soldaten ein Schreckensregiment führen und eine Anzahl Häuser in Brand gesteckt haben. Die Bevölkerung flüchtet. Es wurden Truppen aus andern Städten herbeigeholt.

Nach der „Kölnischen Zeitung" erklären in Stockholm eingetroffene Privatmeldungen entgegen russischen amtlichen Mitteilungen, daß nach dem mohammedanischen Kongreß in Kasan dort schwere Ausschreitungen stattgefunden haben, wobei der größte Teil der Mohammedanerstadt eingeäschert wurde. Durch Kerenskis Truppen wurden Ende Juli in Semiretschensk 2000 Kirgisen, Männer, Weiber und Kinder, zusammengeschossen. Insgesamt werden die Opfer der russischen Truppen in Turkestan auf 50 000 Mohammedaner geschätzt.

In der gesamten mohammedanischen Welt Rußlands sei die Sehnsucht nach Frieden sehr groß, was auf dem Kasaner Kongreß scharf ausgesprochen wurde. Die russische Regierung verbot alle Berichte über diese Tagung, alle mohammedanischen Zeitungen wurden unterdrückt. —

* * *

Futter fürs Wild.

Aus Hirschberg berichtet die „Breslauer Morgen-Zeitung" unter der Ueberschrift „Jagdvergnügen und Volksernährung":

Im Riesengebirge erregt es heftigen Unwillen, daß Graf Schaffgotsch in Warmbrunn, einer der größten und reichsten Grundbesitzer Schlesiens, weite Stellen Himbeergebüsch vor der Ernte der Früchte hat abmähen lassen. Graf Schaffgotsch läßt diese Maßregel, die unter den Einheimischen und Fremden lebhafte Empörung hervorgerufen hat, in der Oeffentlichkeit mit der Erklärung verteidigen, daß die dadurch vernichteten Himbeeren für die Volksernährung nicht ins Gewicht fielen, er das Himbeerheu im Winter aber zur Ernährung seines großen Wildstandes unbedingt gebrauche. Deshalb werde er das Verfahren auch weiterhin anwenden.

Es ist kaum faßbar, daß einer der reichsten Männer des Landes, der Millionengewinne aus der Erhöhung der Holzpreise während des Krieges erzielt hat, sich zu solcher Anschauung in einer Zeit bekennt, in der die Bauern ihr Milchvieh zur Ernährung des Volkes hergeben müssen und wirklich alle, aber auch alle Veranlassung vorliegt, unnötige Verbitterung zu vermeiden.

Der Reichsgraf von Schaffgotsch, der diese Anordnung trifft, war schon vor dem Kriege 21facher Millionär und besaß einen Grundbesitz von 30 850 Hektar im Werte von 12 Millionen Mark. Daß er auf seinen 30 000 Hektar kein andres Wildfutter finden kann als die Himbeersträucher, von denen die Armen gern die Beeren geerntet hätten, und daß die Sträucher gerade vor der Beerenreife geerntet werden mußten, werden ihm alle Leute natürlich unbesehen glauben. —

* * *

Notizen.

Zur Teilung des Reichsamts des Innern. Die „Neue Pol. Korresp." bringt im Hinblick auf die bevorstehende Teilung des Reichsamts des Innern einige Mitteilungen über den Geschäftsumfang des Amtes, das jetzt in fünf Abteilungen arbeitet. Bei der Teilung des Reichsamts des Innern sieht nach dieser Korrespondenz bisher nur im allgemeinen fest, daß die sozial- und handelspolitischen Angelegenheiten, die Seeschiffahrt und Ueberganzswirtschaft an das neu zu errichtende Reichswirtschaftsamt übergehen werden. Die Verteilung der einzelnen Referate wird erst Gegenstand weiterer Verhandlungen sein, sobald Unterstaatssekretär Dr. Schwander sein Amt angetreten haben wird. Schon jetzt lasse sich indes übersehen, daß dem Reichsamt des Innern auch nach der Bildung des Reichswirtschaftsamts noch ein umfangreicher Geschäftskreis verbleiben werde. —

*

Die Kohlenversorgung der Städte. Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat sich an den stellvertretenden Reichskanzler, Staatssekretär Dr. Helfferich, gewandt, um mit der Regierung in eine Erörterung der Versorgung der Städte mit Hausbrandkohlen und mit den notwendigen Kohlen zur Erzeugung von Gas und elektrischem Strom eintreten zu können. —

*

Sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation in Sachsen. Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat beschlossen, folgende Interpellation einzubringen: Gedenkt die Staatsregierung, der Ankündigung in Preußen folgend, die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu den Wahlen der Ständekammer vorzubereiten und der nächsten ordentlichen Tagung des Landtags eine dementsprechende Vorlage zu unterbreiten?" —

*

Die Engländer und Stockholm. „Daily Telegraph" berichtet aus Blackpool: Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses gelangte zu einer Einigung über Nichtbeteiligung an der Stockholmer Konferenz, die aller Wahrscheinlichkeit nach die Zustimmung des Kongresses selbst finden werde. Der Ausschuß sieht voraus, daß die Stockholmer Konferenz unter den jetzigen Umständen keinen Erfolg haben könne und schlägt deshalb vor, erst einmal eine Uebereinstimmung unter den Arbeitern aller alliierten Länder zu erzielen. Nach Ansicht der Kommission würde die britische Arbeiterpartei hierzu mit allen Kräften mitwirken. — Hynsmans erklärte dem Stockholmer Vertreter des „Aftonbladet", er sei fest davon überzeugt, daß die Stockholmer Konferenz zustande kommt. Es sei ein Irrtum, daß Lloyd George gegen die Konferenz sei und die Verweigerung der Pässe von ihm stamme. Er (Hynsmans) besitze dokumentarisches Material, das dagegen spricht. Die heftigsten Gegner der Konferenz seien Poincaré und Sonnino. Lloyd George respektiere nur ihre Wünsche. — Der Organisationsausschuß der Stockholmer Konferenz hat beschlossen, diese nicht zum 9. September einzuberufen, sondern ein neues Datum festzusetzen, welches bestimmt und den angeschlossenen Parteien mitgeteilt werden wird, sobald die russische Organisationsabordnung aus London zurückgekehrt ist. —

*

Wilsons Note gefälscht! Wilsons Antwortnote ist, wie schweizerische Blätter feststellen, durch das französische Havasbureau bei der Uebersetzung in wichtigen, ja entscheidenden Partien kräftig umredigiert worden, die einer Fälschung vollkommen gleichkommen. Wie weit die von uns veröffentlichte Fassung von der Originalfassung Wilsons abweicht, können wir zur Stunde nicht feststellen. Es steht indessen fest, daß Wilsons Note die von uns als wesentlich hervorgehobene Forderung enthält. Deutschland müsse erst demokratisiert werden, ehe man mit ihm verhandeln könne. —

*

Eine Schwindelmeldung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Aus autoritativer Quelle wird mitgeteilt, daß die Nachricht des „Matin", wonach sich Norwegen dem amerikanischen Verlangen, die Ausfuhr nach Deutschland zu sperren, unterworfen habe, jeder Begründung entbehrt. —

*

Zur Wiener Sozialistenkonferenz. Den von uns in der letzten Nummer veröffentlichten Brief an das holländisch-skandinavische Komitee, dessen Absendung auf der Wiener Konferenz der Sozialdemokraten der Mittelmächte beschlossen wurde, haben auch die Delegierten der tschecho-slavischen Arbeiterpartei, Nemec, Soukup und Tusar, unterzeichnet. Sie taten das jedoch nur für ihre Person und behielten die endgültige Entscheidung darüber ihrer Parteileitung vor. Diese hat nun entschieden, aus Zweckmäßigkeitsgründen ein besonderes Schreiben an das Komitee in Stockholm zu richten. Damit sind die Unterschriften ihrer drei Vertreter hinfällig geworden. —

*

Eine gegenrevolutionäre Verschwörung wurde, wie die Blätter melden, von der Petersburger Staatsanwaltschaft zu der Zeit der Tagung der Moskauer Konferenz entdeckt. Die Führer der Verschwörung sollen bekannte Politiker und mehrere Offiziere sein. Ein von Reuter weitergegebener Bericht „aus ermächtigter Quelle" über die gegenrevolutionäre Verschwörung besagt: Die meisten Verhaftungen wurden außerhalb von Petersburg vorgenommen. Die Regierung erachtet es noch für unzeitgemäß, die Namen der verhafteten Personen zu veröffentlichen. —

Verbannung der Romanows. Die russische Regierung hat allen Mitgliedern der Familie Romanow mitgeteilt, sie müssten sich darauf vorbereiten, daß die konstituierende Versammlung wahrscheinlich alle Romanows aus Rußland verbannen werde. —

*

Verhaftungen in Finnland. „Corriere della Sera" meldet aus Petersburg: In Helsingfors sind über 500 politische Verhaftungen auf Befehl Kerenskis erfolgt. Unter den Verhafteten befindet sich auch der zweite Präsident des aufgelösten finnischen Landtags.

*

Gegen die Todesstrafe. Der Petersburger Sowjet hat gegen die Einführung der Todesstrafe an der Front Einspruch erhoben und die Unterdrückung dieser Strafe verlangt. —

*

Ministerkrise in Frankreich. Der französische Minister des Innern, Malvy, ist zurückgetreten. Seine Demission bringt das ganze französische Kabinett in schwere Erschütterung. —

*

Holländisches Ausfuhrverbot für Tabak. Das holländische Korrespondenzbureau meldet aus dem Haag: Durch königlichen Beschluß vom 30. August ist die Ausfuhr von Zigarren, Zigaretten und von Tabakprodukten vom Tage der Verfügung dieses Beschlusses an verboten. —

*

Die erste amerikanische Armee. Die amerikanische Presse meldet, daß sämtliche für die erste amerikanische Armee ausgehobenen Mannschaften und Offiziere den Gestellungsbefehl für den 8. September erhalten haben. Insgesamt müssen 825 000 Mann einrücken. Man hofft, daß das erste amerikanische Armeekontingent zu Neujahrsanfang bereits in Frankreich sein wird. —

*

Die Vergeltungslüge. Vor einigen Wochen hat sich die Ententepresse an dem Märchen erlaubt, daß serbische Mädchen in den Harem des Sultans verschleppt worden seien. Zur Erhärtung dieser Lüge — als ob sie jemand geglaubt hat! — hat die türkische Regierung die Dementierspritze in Bewegung gesetzt. Aber flugs wurde sie von den Bulgaren belehrt, daß der Hieb die beste Abwehr sei, und so „melden" bulgarische Zeitungen, daß bulgarische Frauen für die Neger verschleppt werden. Das ist doch noch grausiger als der üppige Harem. Jetzt haben es die Franzosen! Wenn ihre Zeitungen gelogen haben, daß die Kinder Serbiens dutzenweise dem Sultan geliefert werden, werden nun sie verleumdet, bulgarische Frauen den Kannibalen zum Spiele zu zuführen. Die Neger sind zwar keine Kannibalen, aber so macht es sich besser. Wenn doch all diese „Melder" von hüben und drüben ihre Tätigkeit im Dienste der Armee im Felde, so als Patrouillen und Meldereiter, ausüben würden, der Krieg wäre längst zu Ende! —

* * *

Vor Riga.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 3. September 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Regenschauern war der Artilleriekampf in Teilen der flandrischen Front stark, bei den andern Armeen, auch an der Maas, im allgemeinen gering.

An der Straße Cambrai—Arras scheiterte ein starker englischer Vorstoß, beim Gehöft Hurtebise wurde der Geländegewinn der Franzosen in Grabenkämpfen beträchtlich eingeengt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Nach sorgsamer Vorbereitung überschritten deutsche Divisionen am Morgen des 1. September die Düna beiderseits von Uexküll.

Starke Artillerie- und Minenwerferwirkung ging dem Uebersetzen der Infanterie voraus, die nach kurzem Kampf auf dem Nordufer des Flusses Fuß faßte. Kraftvolle Angriffe warfen die Russen zurück, wo sie Widerstand leisteten.

Die Bewegungen unsrer Truppen sind im Gang und verlaufen planmäßig.

Der Feind gab unter der Einwirkung unsers Vordringens seine Stellung westlich der Düna auf; auch dort sind unsre Divisionen unter Gefechten mit russischen Nachhuten im Vorgehen.

Dichte Kolonnen aller Art trieben auf den von Riga ausgehenden Straßen überhastet nach nordwärts; brennende Ortschaften und Höfe zeigen den Weg des weichenden Westflügels der russischen 12. Armee.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Flußtälern am Nordosthang der Waldarpathen aufleben de Gefechtstätigkeit.

Südlich des Trotustals scheiterten mehrere rumänische Nachtangriffe am D. Cosna und bei Grozesci.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Im Gebirge zwischen Susita- und Putnatal wehrten unsre Regimenter starke russisch-rumänische Angriffe durch Gegenstöße ab. Mit 200 dabei in unsre Hand gefallenen Gefangenen erhöhte sich für dieses Kampffeld ihre Zahl seit dem 28. August auf 20 Offiziere, 1650 Mann, die Beute auf sechs Geschütze mit Protzen, 60 Maschinengewehre, zahlreiche Minenwerfer und Truppenfahrzeuge.

Auch bei Marasesti griffen die Rumänen vergeblich an.

Mazedonische Front:

Heute morgen brachen französische Angriffe auf Bratindol nordwestlich von Monastir verlustreich zusammen; die Serben erlitten erneut am Dobropolje eine blutige Schlappe.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

* * *

Das Seegefecht bei Jütland.

W.T.B. Kopenhagen, 3. September. Der Berichterstatter von „Politiken" in Ringköping meldet noch, daß zwei Unterseeboote an dem Seegefecht beteiligt waren sowie zwei Flugzeuge. Die deutschen Seeleute glauben, daß die Engländer über 1500 Granaten abfeuerten. Die Deutschen verbrachten noch eine Nacht in Bjerregaard und werden morgen wahrscheinlich mit einem Dampfer nach Ringköping gebracht und dann mit der Bahn in Begleitung von 40 dänischen Soldaten nach Esbjerg weiterbefördert werden.

„Politiken" meldet weiter: 16 englische Kriegsschiffe, darunter drei von dem größten Schlachtschifftyp, passierten hier gestern früh einige Minuten vor 8 Uhr. Das Geschwader ging bis eine Seemeile nördlich des Leuchtturms und nahm Kurs direkt westwärts. Zwei deutsche Flugzeuge verfolgten das englische Geschwader. (Siehe den besondern Artikel. Red.) —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170904-10/fragment/page=0003

Soziales.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der in diesem Jahre zum erstenmal während des Krieges wieder seine Jahresversammlung abhält, während er sich bisher auf Zusammenkünfte von Vertretern beschränkt hat, kann trotz der den Krankenkassen ungünstigen Verhältnisse auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken. Am Schlusse des Jahres 1915 waren ihm 19 Unterverbände mit 1067 Ortskrankenkassen angeschlossen. Unter Mitwirkung des unter Leitung unsers Genossen Landtagsabgeordneten Fräßdorf in Dresden stehenden Verbandsvorstandes ist es gelungen, in weitern vier Landesteilen — Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Braunschweig — im Laufe des Jahres 1916 Unterverbände zu errichten, so daß ihm jetzt 23 Unterverbände mit 1661 Kassen angehören.

Daß die Entwicklung nicht in dem Maße wie früher vor sich geht, ist bei den immer zahlreicher werdenden Einziehungen von Vorstandsmitgliedern der Kassen zum Heeresdienst kein Wunder. Am Jahresschluß 1915 waren 452 Ortskrankenkassen mit 3 794 325 Kassenmitgliedern unmittelbar Mitglieder des Hauptverbandes. Am Jahresschluß 1916 zählte der Verband 453 Ortskrankenkassen; seine Mitgliederzahl ist im Laufe des letzten Jahres von 5 000 087 auf 5 285 229 gestiegen. Im Jahre 1914 gehörten ihr freilich rund 2800 Ortskrankenkassen mit 10½ Millionen Mitgliedern an. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß infolge des Krieges die Mitgliederzahl der Ortskrankenkassen um etwa 3 Millionen gesunken ist. Immerhin vertritt der Verband auch heute noch [illegible] der ortskrankenkassenpflichtigen Mitglieder.

Die Jahresversammlung, die am 17. und 18. September in Dresden tagt, wird sich nicht nur mit reinen verwaltungstechnischen und organisatorischen, sondern auch mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Zu Referenten sind hervorragende Fachleute gewonnen. Durch die Tagesordnung beweist der Vorstand, daß er festhält an seinem Programm, wonach Krankheiten verhüten wichtiger ist als Krankheiten heilen. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

25 Jahre Stukkateur-Organisation.

Am 17. August waren es 25 Jahre, daß in Stuttgart auf dem dritten Kongreß der Stukkateure und Gipser der Deutsche Stukkateurverband gegründet wurde. Die vorhergehenden Kongresse hatten sich für Lokalorganisation ausgesprochen; aber nachdem im März 1892 der erste Gewerkschaftskongreß sich für die zentrale Verbandsform entschieden hatte, folgten auch die Stukkateure diesem Beschluß. Leider kam es auf dem Kongreß zu einer Spaltung. Die Vertreter von Berlin, Dresden, Elberfeld-Barmen und Stuttgart beschlossen, obwohl sie in der Minderheit waren, an der Lokalorganisation festzuhalten, während die Vertreter der übrigen Städte zur Gründung des Zentralverbandes schritten, der seinen Sitz in Köln erhielt. Am 1. September 1892 trat der neue Verband ins Leben. Lange, erbitterte Kämpfe mußten in den ersten Jahren nicht nur gegen die Unternehmer geführt werden, sondern auch gegen die Lokalisten, die unter der Führung des damaligen Redakteurs des „Bauhandwerkers", dem Regierungsbaumeister Keßler, den Zentralverband und seinen Führer bekämpften. Aber dennoch setzte sich der Verband durch. Bis zum ersten Verbandstag, der 1895 in Kassel stattfand, hatten sich bereits 25 Städte angeschlossen. Im Jahre 1897 löste sich auch die Lokalorganisation in Berlin auf und trat dem Verband als Filiale bei; damit war die letzte Stütze der Lokalisten gefallen.

Nun hatte sich aber mittlerweile auch das Unternehmertum zusammengeschlossen und versuchte mit allen Mitteln, den Verband zu vernichten, der ihm durch manche glücklich beendete Lohnkämpfe ernste Sorgen bereitete. In Köln, wo sich die Stukkateure bereits 1898 die 8stündige Arbeitszeit erkämpft hatten, kam es zur Aussperrung, die 9 Wochen dauerte. Die folgenden Jahre brachten mit einer ständigen Steigerung des Mitgliederbestandes auch immer größere Kämpfe mit den Unternehmern des Baugewerbes. Am 1. Januar 1912 vollzog der Verband den Anschluß an den Bauarbeiterverband mit einer Mitgliederzahl von 10 780 und einem Vermögen von 231 535 Mark in der Hauptkasse und 111 067 Mark in den Kassen der Filialen.

Den Aufgaben, die dem Verband bei seiner Gründung gestellt wurden, ist er in bester Weise gerecht geworden. Als am 1. Januar 1912 der Zusammenschluß erfolgte, waren 71.6 Prozent aller organisationsfähigen Stukkateure und Gipser, die man auf rund 15 000 schätzen konnte, in der Organisation vereinigt, und die Lage der Berufsangehörigen hatte sich sehr erheblich gebessert. Nicht nur, daß für mehr als 30 Prozent der Berufsgenossen die Arbeitszeit auf 8 bis 8½ Stunden täglich verkürzt worden war, sondern auch die Löhne waren gegen 1892 fast ausnahmslos um 150 Prozent und mehr erhöht worden. Die Gesamtlage der Arbeiter der Stuckbranche hatte sich wesentlich gebessert, und diese Besserung hat auch innerhalb der Reihen des Deutschen Bauarbeiterverbandes nicht nachgelassen. Mit berechtigtem Stolze darf daher die Organisation auf ihre 25jährige Tätigkeit zurückblicken.

Der im Jahre 1892 bei der Gründung gewählte Vorsitzende Odenthal hatte während der ganzen Zeit die Leitung der Organisation in Händen und gehört heute dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes an, wo er nach wie vor die Interessen der Gipser und Stukkateure vertritt. —

Die Teurungszulage im Baugewerbe.

Ueber die Rückvergütung der Teurungszulage im Baugewerbe wird uns geschrieben:

Die Abmachungen zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe über die Rückvergütung der im April vereinbarten Teurungszulage für Bauarbeiter haben nun auch den Unwillen des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister erregt. Wir haben schon früher berichtet, daß diese Rückvergütung nur den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zugute kommen soll, die vor dem 26. April bereits Mitglied des Bundes waren. Alle übrigen Unternehmer sollen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen sein. Mit Recht wurde, als diese Abmachung bekanntgeworden, von Arbeiterseite darauf hingewiesen, daß sie die Durchführung der Teurungszulage, auf die doch alle Bauarbeiter Anspruch haben sollen, gefährden werde, weil diejenigen Unternehmer, die dem Arbeitgeberbund nicht angehören — ihre Zahl ist wirklich nicht gering —, sich weigern würden, die Teurungszulage aus ihrer Tasche zu zahlen, während die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sie zurückvergütet erhalten.

Wenn diese Befürchtung auch durch die Rührigkeit beseitigt worden ist, die die organisierten Bauarbeiter bei der Durchführung der Teurungszulage gezeigt haben, so bleibt es deshalb doch nicht minder unverständlich, wie sich das Reichsamt zu einer solch offenbaren Sonderbegünstigung für einen Teil der Unternehmer herbeilassen konnte. Die Arbeitervertreter haben im Reichsamt des Innern gegen derartige Sonderabmachungen Einspruch erhoben. Sie haben dabei darauf hingewiesen, daß der im Baugewerbe bestehende Reichstarifvertrag für alle Arbeitsstätten gilt und die Vertragsparteien sich für seine Durchführung einzusetzen haben und Sonderabmachungen der einen Partei auszuschließen sind. Sie konnten aber damit nur erreichen, daß die Rückvergütung für alle Bauten in Aussicht gestellt wurde, die unmittelbar vom Reich oder von einem Bundesstaat betrieben werden, ohne Rücksicht darauf, ob der ausführende Unternehmer Mitglied des Arbeitgeberbundes ist oder nicht.

Gegen diese Bevorzugung hat sich nun auch der Innungsverband gewendet. Anscheinend ist ihm eine ähnliche Antwort zuteil geworden, wie sie die Arbeitervertreter mündlich erhalten haben. Damit ist er aber nicht zufrieden. Wie die „Baugewerks-Zeitung" berichtet, ist erneut eine Eingabe an das Reichsamt gerichtet worden, in der betont wird, daß die Vorenthaltung der Rückvergütung der Kriegsteurungszulage an die nicht zum Arbeitgeber-Tarifkontrahent gehörenden Unternehmer weder rechtlich noch tatsächlich begründet ist. Die Eingabe des Innungsverbandes schließt mit der Bitte, daß das Reichsamt des Innern eine erneute Prüfung der Rückerstattungsfrage vornehmen und herbeiführen möge, daß allen Arbeitgebern des Baugewerbes die tariflichen Kriegsteurungszuschläge, die das Reichsamt selbst als angemessen anerkannt hat, ersetzt werden.

So muß es kommen, daß die besten Freunde des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sich gegen seine Schlauheit zur Wehr setzen. —

Der Verband der Hausangestellten.

Die Agitation für diese Organisation ist durch den Krieg ziemlich gelähmt. Im Januar 1916 wurden Petitionen um Aufhebung der Gesindeordnungen an den Preußischen Landtag wie an den Reichstag gerichtet. In beiden Körperschaften wurde darüber verhandelt, ohne daß ein andres Ergebnis erzielt wurde, als — Ueberweisung der Petitionen an die Regierung als Material. Weiter richtete der Verbandsvorstand Eingaben auf Erhöhung des Kostgeldes an die zuständigen Stellen der Städte mit der Begründung, daß heute bei der allgemeinen Preissteigerung der Lebensbedürfnisse eine Erhöhung des Kostgeldes unbedingt erforderlich sei. Leider wurden Eingabe wie Begründung nicht an allen Orten gleich gewürdigt, und es war der Erfolg daher nur sehr minimal. Durch die Rechtsschutz-, Rat- und Auskunftsstellen, die in einzelnen Ortsgruppen eingerichtet sind, wurden auf gütlichem Wege 2774 Mark herausgeholt; durch Inanspruchnahme der Gerichte wurden noch weitere 451 Mark für die Mitglieder gerettet. Rat und Auskunft wurde an 3932 Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen erteilt.

Die Mitgliederziffer des Verbandes ist in allen Ortsgruppen mit Ausnahme von Kiel, München und Rüstringen, zurückgegangen und dementsprechend auch die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen um 1495,55 Mark. Große Scharen früherer Hausangestellten sind jetzt im industriellen Leben untergetaucht und schaffen und wirken als Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie.

Der Verband der Hausangestellten wird nach Beendigung des Krieges große agitatorische Arbeit leisten müssen, um die Berufskolleginnen zu sammeln und in gemeinsamer Arbeit den Hausangestellten in der Organisation ein Bollwerk zum Schutz ihrer Interessen zu bauen. Alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebeten, mit an dem Ausbau des Zentralverbandes der Hausangestellten durch Zuführung neuer Mitglieder zu arbeiten. —

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jacketts und -Mäntel 7.85 bis 68 Mk. :: Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. :: Imprägnierte Mäntel 29.75 bis 78 Mk. :: Schwarze Seiden-Jacketts und Mäntel 19.75 bis 85 Mk. :: Covercoat-Paletots 39.75 bis 88 Mk. :: Kostümröcke aus gemusterten Stoffen. Samt, Taft, leicht. Sommerstoffen 7.85 b. 42 Mk. 172

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Freibank.

Mittwoch 208

7 Uhr Nr. 6101—6200
8 „ „ 6201—6300
9 „ „ 6301—6400
10 „ „ 6401—6500
11 Uhr Nr. 6501—6600
12 „ „ 6601—6700
1 „ „ 6701—6800

Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung
fertig am Lager
Gute Qualitäten — noch günstige Preise
198 bei
G. Aßmann
Hoflieferant
Große Ulrichstraße Nr. 49

Stadt-Theater.
Mittwoch den 5. September
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Undine.
Oper von Lortzing.
Donnerstag: **Gespenster.**

Kochkisten
sind wieder eingetroffen
bei 139
C. F. Ritter,
90 Leipziger Straße 90.
5 Prozent Rabattsparmarken.

Auf
Abzahlung
liefern wir einzelne
Möbel 195
Polstermöbel, ganze Wohn.-Einrichtungen, Herren- und Knaben-Kleidung, Teppiche, Kinderwagen.
Zahlungsbedingungen günstig.
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51,
Eingang Schulstraße.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

In Freien Stunden — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob — illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer 10 Pf.

Berliner Jllustrierte Zeitung — Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg — bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170904-10/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 82. Halle, Dienstag den 4. September 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 4. September 1917.

Neue Gefahren in der Kartoffelbewirtschaftung?

Dem „Berliner Tageblatt" wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, es würden in den Kreisen verschiedener Städte die neuerdings aufgetauchten Vorschläge wegen einer Veränderung der Kartoffelbewirtschaftung mit einer gewissen Besorgnis verfolgt. Hietzu bemerkt das Blatt: „Die Auflockerung der bestehenden öffentlichen Bewirtschaftung der Kartoffel würde für die Verbrauchsbevölkerung in den Städten ernsteste Gefahren mit sich bringen. Wenn jetzt vorgeschlagen wird, es solle jeder Landwirt, nachdem er eine bestimmte, ihm auferlegte Menge Kartoffeln geliefert hat, über den Rest frei verfügen können, so ist offensichtlich, daß ein Antrieb nach der verkehrten Richtung gegeben wird, nämlich dahin, die minder haltbaren und überhaupt minderguten Kartoffeln vorweg zur Erfüllung der Zwangsauflage abzugeben und die bessern Kartoffeln zurückzubehalten. Daran würde selbst dann nichts geändert, wenn auch die später abgebbaren Kartoffeln einer Höchstpreisreglung unterworfen und etwa nur an bestimmte Stellen, z. B. an die Bedarfsverbände, lieferbar wären. Denn auf jeden Fall würde, sobald die öffentliche Bewirtschaftung aufhört, wieder ein Wettlaufen der Städte untereinander einsetzen, das schließlich immer in dieser oder jener Form dem Erzeuger Vorteile bringt; deshalb würde es dem Erzeuger nützlich erscheinen, die guten Kartoffeln für diese zweite Periode zurückzubehalten. Noch größer ist die Gefahr, die darin liegt, daß bei dem Gesamtstand unsrer Ernte niemand mit Bestimmtheit übersehen kann, ob wir nicht im Laufe des Jahres die Ernährung der Städte in meist größerm Maß als jetzt geplant, auf die Kartoffel legen müssen. Ist aber die Kartoffel erst einmal aus der öffentlichen Bewirtschaftung herausgelassen, so wird es kein Mittel geben, sie von neuem wirkungsvoll zu erfassen. Besonders die bei der Futtermittelernte dieses Jahres unerläßlich gewordene Formel, daß unser Viehstand den vorhandenen Futtermitteln anzupassen ist, würde jede Durchführbarkeit verlieren, wenn sehr bald Kartoffeln in beliebigem Umfang verfüttert werden dürfen.

Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in Halle.

Die Stadt Halle hatte am 1. Januar 1916 insgesamt 47 333 Wohnungen. Davon bestand der größte Teil, nämlich 18 939, nur aus zwei Wohnräumen, 11 911 hatten drei Wohnräume, 6531 vier, 3463 fünf, 1899 sechs und 1200 sieben und mehr. Im Laufe desselben Jahres kamen 39 Wohngebäude mit 113 Wohnungen hinzu. Von den betreffenden Gebäuden hatten 28 nur eine Wohnung (es handelt sich hier hauptsächlich um Einfamilienhäuser einer Baugenossenschaft und 11 Wohngebäude hatten 5 bis 8 Wohnungen. Im ganzen kamen in dem einen Jahre 294 Wohnräume hinzu. Bei fast allen Gebäuden geschah die Errichtung auf einer neuen Baustelle.

Eine Zählung vom 1. April 1917 ergab 47 436 Wohnungen. Im 2. Vierteljahr 1917, also von April bis Juni 1917, kamen 10 Wohngebäude mit 50 Wohnungen und 125 Wohnräumen hinzu, eine sehr niedrige Ziffer, wenn man z. B. vergleichsweise daran erinnert, daß im Jahre 1912 allein 183 Wohngebäude mit 1115 Wohnungen errichtet wurden.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist ungefähr dieselbe wie vor dem Kriege geblieben. Sie betrug immer am 1. November in den vier Jahren von 1913 bis 1916: 639, 653, 1126, 902. Am letztgedachten Zählungstag standen leer 57 Wohnungen mit einem Wohnraum, 124 mit zwei, 202 mit drei, 194 mit vier und 325 mit fünf und mehr Wohnräumen. Man sieht, daß es vorzugsweise große Wohnungen sind, die leerstanden. Im Verhältnis zur Zahl der überhaupt vorhandenen Wohnungen ist die Zahl der leerstehenden recht gering, sie betrug in den angeführten vier Jahren 1,5; 1,4; 2,4; 1,9 Prozent. Bemerkenswert ist noch die Feststellung, daß von 100 Kleinwohnungen (in der Größe von 1 bis 3 Wohnräumen) nur 0,9 Prozent, von den größeren aber 1,9 Prozent, leer standen. Unter den leerstehenden Kleinwohnungen mögen sich auch noch viele befinden, die infolge ihres Zustandes kaum noch bewohnbar sind.

Hiernach ist zu befürchten, daß nach Beendigung des Krieges, wenn die Kriegsteilnehmer wieder zurückfluten, und viele der Kriegsgetrauten usw. ein eignes Heim aufschlagen wollen, eine größere Wohnungsnot entsteht. Deshalb sollte hier rechtzeitig und gründlich vorgebeugt werden. —

---

* **Der Kohlrübenstreit,** der infolge einiger Ausführungen von Professor Abderhalden auf der bekannten Tagung für kriegswirtschaftliche Aufklärung entstanden war, hat jetzt zu folgender richtigstellenden Erklärung des Herrn Abderhalden geführt: „Ich betonte, daß unsre jetzige Nahrung in ihrer Zusammensetzung gut sei. Krankheiten, die sich mit der jetzigen Ernährung in Verbindung bringen ließen, seien mit einer Ausnahme nicht aufgetreten und auch nicht zu befürchten. Diese Ausnahme sei nach der Ansicht der Untersucher bei lang dauernder, ausschließlicher Kohlrübenernährung aufgetreten. Ich empfahl deshalb, die an und für sich wohl kaum schädliche Kohlrübe nicht längere Zeit als Hauptnahrungsmittel zu verabreichen, sondern in Verbindung mit andern Nahrungsmitteln. Weiter ging ich auf das Problem nicht ein. Die Sachlage ist folgende: In mehreren Teilen von Deutschland traten im Anschluß an länger dauernde Verabreichung von Kohlrüben Oedeme auf. Zahlreiche Leute erkrankten schwer. Man weiß nur so viel mit Sicherheit, daß die Krankheit in dem Augenblick zurückging, in dem wieder die Kartoffel in der Nahrung vorherrschte. Ich halte es für wichtig, daß diese Erfahrungen verwertet werden. Nach meiner Ueberzeugung werden Schäden ausbleiben, wenn man die Kohlrübe als Beikost gibt. Man könnte sogar daran denken, sie als Brotstreckungsmittel zu verwenden, wenn eine Streckung notwendig würde." —

* **Ein Gegner der Feuerbestattung** machte jetzt in der bürgerlichen Presse u. a. folgende Ausführungen: „Es ist bekannt, daß zu einer Leichenverbrennung ein verhältnismäßig großer Aufwand von Heizmaterial nötig ist. Dürfen wir uns das jetzt leisten, und zwar für eine nicht notwendige Sache? Denn daß unsre Toten verbrannt werden, ist nicht notwendig; aber dafür zu sorgen, daß die Lebenden neben all den andern Einschränkungen und Nöten nicht auch noch durch Kälte an Leben und Gesundheit Schaden leiden, das ist notwendig und die Pflicht unsrer Behörden. Die zeitweilige Schließung sämtlicher Leichenverbrennungsöfen ist ein vaterländisches Gebot der Zeit." Darauf wurde ihm von dem Vorsitzenden des Vereins für Feuerbestattung u. a. folgendermaßen gedient: „Herr A. B. setzt als bekannt voraus, daß zur Einäscherung ein verhältnismäßig großer Aufwand von Heizmaterial nötig ist. Trotz seiner Annahme möchte ich hier wiederholen, daß zu einer Einäscherung etwa 8—9 Zentner Koks gebraucht werden. bei einer zweiten sich an die vorhergehende unmittelbar anschließenden Einäscherung sind nur etwa 2 Zentner nötig. Wenn das Hällesche Krematorium heute geschlossen würde und das dadurch ersparte Heizmaterial unverkürzt zur Verteilung an die Bevölkerung käme, so würde jeder Haushalt für das ganze Jahr etwa 2 Pfund Koks mehr erhalten; im gesamten Deutschen Reiche wäre das Verhältnis noch ungünstiger; wenn die 51 deutschen Krematorien geschlossen würden, dann käme dadurch auf den Haushalt etwa ⅔ Pfund Koks jährlich zur Mehrverteilung. Dafür würden aber Zehntausende von Familien zu der Pietätlosigkeit gezwungen sein, den letzten Willen ihres Verstorbenen unerfüllt zu lassen." —

* **Die Fahrgeldeinnahmen der Straßenbahn** betrugen im August 1917 bei der Stadtbahn 184 515,55 Mark, bei der Straßenbahn 111 376,96 Mark; im gleichen Monat des Vorjahrs bei der Stadtbahn 114 557,60 Mark, bei der Straßenbahn 67 939,50 Mark; mithin im August 1917 mehr bei der Stadtbahn 69 957,95 Mark, bei der Straßenbahn 43 437,46 Mark. Vom 1. April bis Ende August 1917 wurden bei der Stadtbahn 278 056,80 Mark, bei der Straßenbahn 183 806,46 Mark mehr vereinnahmt als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. —

— **Wintergemüse und Marmelade.** In der Reichsstelle für Gemüse und Obst fanden Freitag und Sonnabend Beratungen über die Gemüse- und Obstversorgung statt, an denen außer den Vertretern der Bundesstaaten auch Vertreter sämtlicher Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst teilnahmen. Wie berichtet wird, wurde an die Reichsstelle die Aufforderung gerichtet, bei einzelnen Gemüsesorten, so Rotkohl, Weißkohl, Mohrrüben und einzelnen Rübenarten, in den Haupterzeugungsgebieten mit einer zwangsweisen Erfassung vorzugehen, um die Wintervorräte zu sichern. Das Ergebnis der Beratung wird dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts vorgelegt werden, der jedenfalls den Beschlüssen zustimmen wird. Die zwangsweise Erfassung von Obst für die Marmeladenfabriken hat, wie mitgeteilt wurde, ein gutes Ergebnis gezeitigt. Die Marmeladenfabriken, die in den Wochen vor der zwangsweisen Erfassung fast kein Obst mehr erhalten konnten und damals insgesamt nur über etwa 400 000 Zentner verfügten, besitzen heute bereits eine Million Zentner Obst; von dieser Menge kommt nur ein ganz geringer Teil aus dem Ausland. —

* **Künstliche Verteuerung.** Wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916 betreffend den unerlaubten Handel mit Lebensmitteln und übermäßige Preissteigerung hatte sich der Maschinist Karl K. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte kaufte im April d. J. von einer Firma 20 Zentner Fruchtmus, das Pfund zu 90 Pfg., und verkaufte es an eine Hallesche Fabrik zu 1,20 Mark das Pfund weiter. Der Amtsanwalt beantragte für den ersten Fall 2000, für die übermäßige Preissteigerung 1000, insgesamt 3000 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 500 Mark Geldstrafe, nämlich 400 Mark wegen unerlaubten Handels und 100 Mark wegen übermäßigen Gewinns. —

* **Entzogen.** Die Befugnis zum Aufkauf von Eiern für die Provinzialeierstelle ist dem bisher zugelassenen Aufkäufer Karl Heinze von hier entzogen worden. —

* **36 Prozent Papierdividende!** Ueber den Geschäftsabschluß der Ammendorfer Papierfabrik A.-G., von dem wir bereits ganz kurz schrieben, wird jetzt ausführlich berichtet. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1916/17 aus dem Verkauf von Papier 6 180 104 Mark (im Vorjahr 4 587 441 Mark). Die Kosten der Fabrikation nahmen demgegenüber 4 751 489 Mark (3 556 805 Mark) in Anspruch, so daß nach Abzug der Versicherungsbeträge, der Teilschuldverschreibungszinsen und der Abschreibungen im Betrag von 250 238 Mark (250 803 Mark) ein Ueberschuß von 1 581 098 Mark (1 095 730 Mark) verbleibt, in welchem ein Vortrag von 459 272 Mark (361 143 Mark) enthalten ist. Es wird, wie schon früher mitgeteilt, die Ausschüttung einer Dividende von 36 (26) Prozent vorgeschlagen; 252 959 Mark (157 458 Mark) will man zu Tantiemen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte verwenden und 534 139 Mark (459 272 Mark) auf neue Rechnung vortragen. Der Unterstützungs- und Rentenkasse für die Beamten und Arbeiter werden 100 000 Mark, den Kriegswohlfahrtszwecken außer den bereits im laufenden Jahre geleisteten Beiträgen 50 000 Mark zugewandt. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt, daß die Erschwerungen des Betriebs infolge der Kriegsverhältnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr im vollen Umfang weiterbestanden, ja sich noch steigerten. Nur durch größte Anspannung aller Kräfte konnte die Fabrikation leidlich aufrechterhalten werden. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft war dauernd sehr stark, so daß man den ganzen Vorrat abstoßen konnte. Diesem Umstand sowie der stets geübten Vorsicht in der Vorausbeschaffung aller wichtigen Rohmaterialien sei zu einem großen Teile der günstige Abschluß zu verdanken. Für Instandhaltung der Maschinen, Gebäude usw. wurden aus laufenden Mitteln 117 976 Mark verausgabt. —

* **Ausgemietete Aktionäre.** Die Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G. hat jetzt in Halle ihre Generalversammlung abgehalten. Auf dieser vertraten neun Aktionäre 2565 Stimmen, darunter aber der Beauftragte der Badischen Anilin- und Sodafabrik mehr als 2000. Angesichts der Tatsache, daß die Anilinfabrik die starke Mehrheit der Aktien besitzt, legten sämtliche Aufsichtsratsmitglieder ihre Aemter nieder. Neu gewählt wurden

---

Rotes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcoorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(60. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

„Laß sie," brachte Souhe endlich mit unnatürlicher Stimme heraus. „Was ich Dir zu sagen habe, ist nichts für Weiber."

„Lohnt sich nicht für dich aufzustehen, Stute. Geschäfte!"

„Wohl, wohl. Ich habe ihn aber doch erkannt. Es ist der Bursch, der Souhe. Guten Abend, Souhe. Gott mit Dir, Junge!"

„Laß das Schwatzen, Mutter. Weiberreden: Queckensamen."

„Guten Abend, Mensse," sagte Flohil.

„Setz Dich an den Ofen, mein Junge. Ich wärm Dir ein paar Waffeln."

„Nicht nötig. Ich hab keinen Hunger.

„Ta ta ta. Wer von weit herkommt, der hat 'n leeren Magen. Wann predigt der Kapuziner am besten gegen das Fleisch? Nach einem guten Mittagessen, Lämmchen."

Souhe ließ sich in den Lehnstuhl fallen, die Ellbogen auf den Knien, und stützte den Kopf zwischen die Hände.

„Die Hunde vom Meierhof haben mich auch wieder erkannt, als ich vorbeikam," dachte er laut, indem er, ohne sich an jemand zu wenden, gerade vor sich hinstarrte.

Aryn sagte sich, indem er mit verzogenem Gesicht einen verstohlenen Blick zu Flohil hinschickte: „O weh! O weh!" Dann aber räumte er mit seinen dicken Fingern die Asche vom Feuer, blähte die Backen und blies die Gut an.

Hierauf nahm er mit beiden Händen einen dicken Block Kohle aus dem alten, zerbeulten Eimer, der unterm Kamin stand, und zerschlug ihn mit dem Schürhaken. Ein Strohwisch in den Ofenschacht gesteckt diente zu dessen summarischer Reinigung. Der Wilderer brachte nachher braune Waffeln herbei, holte aus dem Wandschrank zwei Tassen, Zucker, Brot und Butter hervor und stellte alles vor Souhe auf den Tisch.

Die braunen Augen Flohils, die in ihren tiefen Höhlen glühten, schweiften langsam in der alten Kabuse umher. Nichts hatte sich geändert. Die toten Dinge sind nicht so veränderlich wie das, was lebt. Die blaue, abgeblätterte Tünche, die gelben Linien der Bohrwürmer, die den schwarzen Anstrich des Kaminmantels musterten, die groben Schnitzereien an den verräucherten Eichenbalken der Decke, der graue, ungleiche, an einigen Stellen mit roten Ziegeln ausgebesserte Fußboden: das war noch dieselbe düstere und arme flandrische Küche, in der er zwischen Aryn Klip und seiner Frau die sorglosen Stunden seines Junggesellenlebens zugebracht hatte. Ein Nadelkissen aus rotem Tuche, das an einem Bande von gleicher Farbe an dem Wandschirm hing, der den Windfang der Tür und die niedrigen Fenster voneinander teilte, fesselte die Aufmerksamkeit des Mannes. Das Kissen hatte Herzform und glich, voll gelber Messingnadeln gesteckt, dem strahlenden Herzen in der Purpur- und Goldtunika des Christus über dem Hauptaltar der Kirche. Pfeile stachen auch in Souhe Flohils Herz, und er fühlte auf seinem Leibe das laue Rieseln von Blut.

„Iß!" lud Klip ihn ein, der dem gefürchteten Augenblick näherer Mitteilungen entgegensah.

„Nein, wahrhaftig, ich kann nicht," sagte Souhe plötzlich, indem er sich aufgeregt erhob.

Er begann mit seinen schweren Schuhen auf dem Fußboden hin und her zu laufen wie ein wildes Tier, wobei er in Gefahr geriet, jeden Augenblick mit dem Schädel gegen einen Balken zu stoßen.

„Was gibt's denn, Brüderchen, he, sag doch?" fragte Klip, um sein Gewissen zu beruhigen.

Man konnte indessen seinem bleichen, listigen Gesicht ohne Mühe ansehen, daß er mit der Pein seines Freundes nur zu gut Bescheid wußte.

„Tränen sollen fließen, das schwör ich Dir!" schrie Flohil außer sich.

Er hielt plötzlich an.

„Aber warum denn?!" fragte Klip äußerst erstaunt.

„Eh, warum?! Alles, was ich sagen könnte, würde nicht imstande sein . . ."

Er fing an, fieberhaft in den Rocktaschen herumzuwühlen.

„Hier," sagte er in einem streitsüchtigen Ton, indem er dem Wilderer den anonymen Brief reichte.

„Nicht so laut!" flüsterte dieser mit einem Blicke nach dem Schlafraum.

Er nahm den Brief, holte sein Brillenfutteral hinter dem kleinen Rasierspiegel hervor, der zwischen den beiden Fenstern hing und machte sich dann beim Lichte der Lampe daran, von dem Liebesbrief Kenntnis zu nehmen. Sein bartloses Gesicht blieb unbewegt, während er, mit seinen schmalen blassen Lippen leise murmelnd wie in der Kirche, den Brief las.

„Also so mußte es kommen! Was sag ich ihm? Langweilige Geschichte! Das gibt was! Aber was geht's mich an?"

Und er nahm sich absichtlich Zeit.

Inzwischen schleppte Flohil, vor sich hinmurmelnd, seine Pein von der Bank aus blauen und roten Klintern, wo bunt durcheinander Tassen, Teller und Kannen sich aufhäuften, zum Kamin hin, über dem ein geschnitztes Holzkruzifix, eine Weckeruhr aus Nickel und ein schwerer Kupferleuchter zwischen armseligen Photographien auf vergilbtem Grunde standen.

„Das da . . . was denn? Das ist Mist, Mist."

Es blieb ungewiß, ob Klip damit den Brief meinte oder die Tatsache, von der dieser berichtete.

Flohil, der sich vor ihn hingestellt hatte, legte ihm seine beiden Hände auf die Schultern.

„Ich vertraue Dir, Klip! Du bist mein Bruder, nicht wahr? Sag, daß es Lügen sind . . . daß Hilla geblieben ist, was sie war . . . eine brave, anständige Frau."

Seine Stimme zitterte in seinen hängenden Schnurrbart hinein, der gleichfalls zitterte. Seine Brauen zogen sich an der Wurzel seiner spitzen Nase, die sehr rot in seinem ganz bleich gewordenen Gesicht stand, zusammen. Seine Augen kniffen sich zu; an dem Zucken seiner Gesichtsfalten konnte man merken, daß er nahe daran war, zu weinen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170904-10/fragment/page=0005

daraufhin die vom Vertreter der Anilinfabrik vorgeschlagenen Herren. Von einem Vertreter der Minderheit wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Mnorität trotz ihres noch ansehnlichen Aktienbesitzes nicht ein einziger Sitz im Aufsichtsrat eingeräumt werde. —

* **In der Dreyhaupt- und Hallorenstraße** ist zur besseren Uebersichtlichkeit die Aenderung einiger Hausbezeichnungen nötig geworden.

Dreyhauptstraße	5	wird	Dreyhauptstraße	3.
"	6	"	"	4.
Hallorenstraße	1a	"	"	5.
"	1b	"	"	6.
"	1c	"	"	7.
"	1h	"	"	12.

* **Tödlich überfahren** wurde auf der Merseburger Straße von einem Fernbahnzug der dort wohnende 6 Jahre alte Walter Arbeiter. Er soll mit noch zwei anderen Kindern plötzlich aus dem Chausseegraben hervorgekommen sein, anscheinend, um sich an den Wagen zu hängen. Dabei ist er von einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Zug erfaßt worden. —

* **Gefunden.** Vom 16. bis 31. August sind nachstehende Gegenstände als gefunden bei der Polizei abgegeben oder angemeldet worden: 5 Geldtäschchen mit Inhalt, verschiedene Geldscheine, 1 Trauring, 1 silbernes Armband, mehrere Uhren, 2 Taschenmesser, 1 Leder-Handtasche mit Inhalt, 2 Handbeutel, 1 Jackett, 1 Umschlagetuch, 2 Paar Kindersandalen, 1 Paar Leder-Handschuhe. Die unbekannten Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben. —

* **Festgenommen.** Ein seit 14 Tagen sich umhertreibender Fürsorgezögling wurde in der Köthener Straße festgenommen und in Gewahrsam genommen. — Nachts wurden ein Mann und zwei Frauen auf einem an der Lettiner Straße befindlichen Acker beim Kartoffeldiebstahl betroffen. Etwa 150 Pfund Kartoffeln wurden ihnen abgenommen und dem Besitzer zurückgegeben. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Ein Künstler-Protest.

Gegenüber der guten Kritik, die die vom Kunstverein ausgestellten Kokolskyschen Bilder gefunden haben, glaubt der Künstlerverein auf dem Pflug einen Protest erheben zu müssen. Was er dagegen einzuwenden hat, das besteht hauptsächlich aus folgendem:

Zunächst wird von der leuchtenden Farbenwirkung der Temperafarben gesprochen und auf Fritz Erler hingewiesen. Will der Berichterstatter etwa bei Kokolsky das Leuchtende der Temperafarben hervorheben? Diesen Vorzug der Temperafarben hat Kokolsky nicht ausgenutzt, sondern läßt in der Verteilung und Gegenüberstellung seiner öden Farbenflächen gerade die Nachteile der Temperafarben, das Erdige, Kalkige und Rohe in Erscheinung treten. — Altarbilder sollen diese Arbeiten sein? Ja, wir erinnern uns derlei Sachen in armen Dorfkirchen gesehen zu haben, wo der nächste beste Marterlmaler sie für wenige Kreuzer hingemalt haben mochte. — Von rhythmischer Verteilung und Gliederung des Vorwurfs kann keine Rede sein; große, bunte, plakathaft leere Flächen stehen hier ohne jede Kultur des Umrisses und der Farben geschmacklos gegeneinander. — Die Ausstellung der Kokolskyschen Bilder ist als ein „Ereignis für unsre Gemäldepflege" hingestellt worden; der ernsthafte Betrachter, wenn er nicht ästhetisch verbildet ist, steht nur mit einem berechtigten Kopfschütteln vor den Bildern und sucht vergebens nach ihren Kunstwerten. Nur wer in allen Kuriositäten „den Geist der Kunst" wittert, kann Teilnahme für die Kokolskyschen Arbeiten haben; für die durch frühere Ausstellungen zu gesunder Kritik erzogene Kunstgemeinde Halle sind diese Bilder nicht ernst zu nehmen und ungenießbar. —

Stadttheater. Heute Dienstag wird Goethes „Iphigenie auf Tauris" zum erstenmal wiederholt. Morgen findet eine Aufführung von Lortzings „Undine" statt, mit Anna Enghardt in der Titelrolle. In der am Donnerstag stattfindenden Erstaufführung von Ibsens „Gespenster" unter der Spielleitung von Leopold Sachse werden sich Olga Biedermann in der Rolle der Frau Alving und Max Monato in der Rolle des Tischlers Engstrand zum erstenmal vorstellen. — Der kgl. Württbg. und großherzgl. sächs. Kammersänger Oskar Bolz wird in der am Sonntag stattfindenden Aufführung von Richard Wagners „Tannhäuser" in der Titelpartie gastieren. —

Aus der Provinz.

Die 11-Uhr-Polizeistunde bis 16. September.

Mit Rücksicht auf die Sommerzeit hatte bekanntlich der Regierungspräsident die Polizeistunde für die Zeit vom 1. Mai bis 31. August um 1 Stunde später, bis 11 Uhr, gelegt.

Nach einer neuerlich ergangenen Verfügung des Regierungspräsidenten wird die verlängerte Polizeistunde bis zum Ende der Sommerzeit, also bis zum 16. September, beibehalten. Mit Beginn des 17. September treten wir in die frühere Winterzeit. Die Uhren werden mithin wieder 1 Stunde zurückgestellt, und damit tritt die 10-Uhr-Polizeistunde in Kraft.

Diejenigen Orte, die inzwischen schon ihre Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt haben, müssen sie also wohl wieder auf 11 Uhr erhöhen. —

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung.

Für die Provinz Sachsen besteht eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit dem Sitz in Merseburg. Die kreisfreien Städte und Landkreise bilden „Sektionen", von denen 52 vorhanden sind. Die Zahl der versicherten Betriebe wird auf 302 300, die der versicherten Betriebsunternehmer und Arbeiter auf 949 000 angegeben. Seit vielen Jahren ist in diesen Angaben nicht die geringste Aenderung eingetreten, weil sie nicht auf genauen Zählungen, sondern auf Schätzungen beruhen. Die Verwaltung der Berufsgenossenschaft liegt ganz in den Händen der Unternehmer und des Landeshauptmanns. In den einzelnen Orten des Bezirks sind 2741 „Vertrauensmänner" zur Auskunftserteilung usw. tätig. Vertreter der Versicherten zur Beratung der Unfallverhütungsvorschriften sind acht vorhanden.

Zu Beginn des Jahres 1916 mußte die Genossenschaft für 15 606 Verletzte laufende Unfallrenten zahlen. Sie erhielten zusammen 1 233 284 Mark pro Jahr. Man sieht, wie gering die Renten sind: auf einen Verletzten entfallen etwa 80 Mark im Jahre! An 1498 Witwen durch Betriebsunfall Getöteter wurden 168 015 Mark gezahlt, an 876 Waisen 89 098 Mark. Insgesamt wurden im Jahre 1915 an Entschädigungen 1 559 817 Mark gezahlt. Die Berufsgenossenschaft beschäftigt sechs technische Aufsichtsbeamte, welche die Betriebe hinsichtlich der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen haben. Während der Kriegszeit ist aber diese Ueberwachung sehr eingeschränkt worden. Im Jahre 1915 wurden von der Genossenschaft für die gesamte Unfallverhütung nur 8808 Mark ausgegeben. Für ärztliche Zeugnisse usw. wurden 39 029 Mark, für Streitverfahren bei den Oberversicherungsämtern 3079 Mark und für die sonstige Verwaltung 171 874 Mark ausgegeben. Durch Umlagen (Beiträge) der Betriebsunternehmer, die durch die Behörden eingezogen werden, wurden 1 869 741 Mark eingenommen.

Im Jahre 1915 wurden 4245 Verletzte angemeldet, das ergibt auf 1000 Versicherte 4,47 Verletzte. Wie schwer zum Teil die Unfälle waren, geht daraus hervor, daß 103 Personen durch sie getötet wurden. 1393 Verletzte waren länger wie 13 Wochen erwerbsunfähig und mußten Renten erhalten. Der weitaus größte Teil der Unfälle ereignete sich durch Fall von Leitern, Treppen, aus Luken, sodann durch Ueberfahren und Absturz vom Wagen usw. Unter den Verletzten befinden sich 61 Jugendliche unter 16 Jahren. Im allgemeinen liegt die landwirtschaftliche Unfallversicherung noch sehr im argen. Durch ihre besondere Art der Berechnung sind die Unfallrenten äußerst niedrig. Die Unfallverhütung läßt noch sehr viel zu wünschen übrig.

Vom Strafrecht gegen ländliche Arbeiter.

Nach dem Gesetz vom 24. April 1854 betr. die Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter wird auf Antrag des Dienstherrn solches Gesinde bestraft, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Dienstherrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestimmten Personen sich zuschulden kommen läßt, oder ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst versagt oder verläßt. Dasselbe gilt nach § 2 auch für Instleute, herrschftliche Tagelöhner, Einlieger, Katenleute und dergleichen. Die Strafkammer in Stralsund hatte den jugendlichen Untermelker R. wegen Uebertretung dieser Bestimmungen zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Vater hatte als Obermelker auf einem Gute in der Gegend von Stralsund eine Wohnung inne. Er hatte vertraglich einen Untermelker zu stellen, dem auch das Hüten der Kühe oblag. Als solchen beschäftigte er seinen Sohn. Dieser hatte sich, nachdem er eines Tages die Kühne nur ins Freie geführt hatte, nach dem Gute zurückbegeben, um in der Waschküche eine Zigarette zu rauchen. Inzwischen waren die Kühe auf ein frisches Kleefeld gelaufen, wo sie nicht weiden sollten. Die Strafkammer in Stralsund nahm ein Dienstvergehen im Sinne des Gesetzes vom 24. April 1854 an, wobei sie berücksichtigte, daß der Angeklagte schon einmal verwarnt worden ist. Die Strafkammer nahm an, daß die Stellung des Angeklagten der eines Hofgängers, eines Dienstverpflichteten gleichkomme und daß Hofgänger zum Gesinde des Dienstherrn gehörten.

Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Richtig sei, daß der Untermelker sich im gleichen Verhältnis zum Gutsherrn befinde wie der Hofgänger. Es sei aber nicht richtig, daß der Hofgänger zum Gesinde des Gutsherrn gehöre. Er stehe in keinem Vertragsverhältnis zum Dienstherrn, sondern nur in einem solchen zu demjenigen, der ihn angenommen habe. Dasselbe treffe auf den angeklagten Untermelker zu, der nur zu seinem Vater im Vertragsverhältnis stehe. Der Angeklagte sei somit kein Gesinde des Dienstherrn. Er gehöre aber auch nicht zu den Personen, die der § 2 des Gesetzes aufführe. Das Gesetz vom 24. April 1854 könne demnach hier überhaupt nicht angewendet werden. Es könne aber nicht auf Freisprechung erkannt werden, da feststehe, daß der Angeklagte seine Herde ohne Aufsicht gelassen habe. Es bestehe deshalb die Möglichkeit einer Bestrafung aus § 12 des Feld- und Forstpolizeigesetzes, wonach mit Geldstrafe bis zu 10 Mark der Hirte bestraft werde, welcher das ihm anvertraute Vieh ohne Aufsicht lasse. Deshalb die Zurückverweisung an das Landgericht.

Die Strafkammer in Stralsund verurteilte nun in der neuen Verhandlung den Angeklagten wegen Uebertretung des § 12 des Feld- und Forst-Polizeigesetzes zu einer Geldstrafe, weil er als Hirte das Vieh ohne Aufsicht gelassen habe. Das Kammergericht, bei dem R. abermals Revision einlegte, verwarf diesmal das Rechtsmittel des Angeklagten. —

Bitterfeld. Die ungeteilte Arbeitszeit soll zum Zwecke der Kohlen- und Lichtersparnis bei den verschiedenen Zweigen unserer Stadtverwaltung demnächst zur Einführung gelangen. — Aus demselben Grunde wird auch die durchgehende Arbeitszeit bei dem hiesigen Bezirkskommando eingeführt werden. —

— Gefaßte Wilddiebe. Aus Altjeßnitz wird berichtet: In den hiesigen Rittergutsforsten wurde seit längerer Zeit gewilddiebt. Jetzt ist es gelungen, einen Baggermeister O. aus Golpa, einen Arbeiter von dort und einen aus Großmöhlau der Wilddieberei zu überführen und Gewehre, Patronen, Fernrohr und Gehörn von erlegten Rehböcken zu beschlagnahmen. —

Eisleben. Einstellung der Straßenbeleuchtung. Auf Grund einer Verfügung des Reichskommissars für Gas und Elektrizität ist die Straßenbeleuchtung vom 1. September d. J. an bis auf weiteres mit Ausnahme der Straßen vom Bahnhof bis zum Markt (Bahnhof-, Hallesche Straße und Plan sowie Promenade und Stadtgraben) eingestellt worden. —

— Aufgespießt. Ein hiesiger Arbeitsjunge, der auf der Strohbanse bei einem hiesigen Gärtner beschäftigt war, ließ sich zur Frühstückspause von der Banse herunter und fiel dabei auf eine mit der Spitze nach oben gestellte Reichgabel. Von zwei herbeieilenden Frauen wurde er von der Gabel heruntergenommen und mußte sofort ins städtische Krankenhaus übergeführt werden. —

— Diebstähle. Gelegentlich einer Haussuchung wurde bei einem Telephonarbeiter hier vorgefunden und beschlagnahmt: eine Fuhre Backsteine, Material zum Bau eines Hühnerhofs, Getreide, Treibriemen und viele andre Sachen mehr. Bei einem Arbeitskameraden wurden Treibriemen, Bohnen und ungedroschener Hafer vorgefunden und beschlagnahmt. Ferner wurden auf ihren Arbeitsstellen abgeschnittene Weizenähren, ungedroschene Gerste und Klee vorgefunden und beschlagnahmt. — Entwendet wurden aus einem Hause des Breiten Wegs zwei Sack Zement. —

Merseburg. Auch ein Mieteinigungsamt. Auf Grund der Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos vom 30. Juni 1917 ist hier ein Kündigungsamt errichtet worden, das aber lediglich den Zweck hat, darüber zu befinden, ob eine beabsichtigte Kündigung oder Mieterhöhung berechtigt ist oder nicht. Ein Mieteinigungsamt, wie es in den meisten größeren Städten besteht, besteht hier noch nicht. Die beim Kündigungsamt zahlreich eingehenden Anträge sind aber fast ausschließlich auf Angelegenheiten gerichtet, die lediglich vor dem Mieteinigungsamt zum Austrag zu bringen wären. Um nun den Einwohnern von Merseburg die Vorteile eines Mieteinigungsamts, dessen Notwendigkeit durch die eingehenden Anträge bewiesen erscheint, zukommen zu lassen, hat der Magistrat beschlossen, ein solches Mieteinigungsamt zu errichten und bei der zuständigen Behörde zu beantragen, daß dem Mieteinigungsamt die nach den genannten beiden Bundesratsverordnungen zulässigen Ermächtigungen erteilt werden. Nach Errichtung des Mieteinigungsamts kann dann mit ihm das Kündigungsamt verbunden werden, so daß dann auch hier alle diese Streitigkeiten vor ein und derselben Stelle tunlichst in versöhnendem und beide Teile befriedigendem Sinne gelöst werden können. —

— Aus der Selbstversorgerwirtschaft. Die Mühlenvereinigung des Kreises macht folgendes bekannt: Nachdem infolge Anordnung des Landrats nur Mitglieder unsrer Vereinigung zur Vermahlung von Selbstversorgergetreide zugelassen worden sind, richten wir hiermit an alle Selbstversorger des Kreises die Bitte, unsern Mühlen keinesfalls mehr Getreide zur Ausmahlung zu übergeben, als ihnen laut Mahlkarte zusteht. Unsre Mitglieder sind verpflichtet, alle Fälle, in denen seitens von Selbstversorgern versucht wird, mehr Getreide als ihnen zusteht, vermahlen zu lassen, unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. Da auch versucht worden ist, unsre Angestellten durch Anbieten von Lebensmitteln (Butter usw.) zur Uebertretung der bestehenden Bestimmungen zu veranlassen, müssen wir bitten, auch dies in Zukunft zu unterlassen. Wir bitten zu bedenken, daß durch Nichteinhaltung der bestehenden Bestimmungen nicht nur die Ernährung der Bevölkerung, sondern auch das Selbstversorgerrecht der Selbstversorger und die Existenz der Müller in Frage gestellt werden. —

Weißenfels. Die Löhne in den Schuhfabriken. Das Kriegsministerium hat, laut „Staatsbedarf", den Schuhfabriken eröffnen lassen, daß es sich bei den Vereinbarungen über die Vergütung von Arbeiterlöhnen bei der Preisfestsetzung nicht darum handeln kann, künstlich in die Höhe getriebene Löhne zu vergüten, sondern daß bei den Verhandlungen nur die Rückvergütung bisher ortsüblicher Löhne ins Auge gefaßt wurde, die lediglich durch Reichstarif für Militärschuhwerk eine Veränderung erfahren können. Das Kriegsministerium wird im Verein mit dem Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie unnachsichtlich gegen die Firmen, die ein derartiges Geschäftsgebaren zeigen, vorgehen und die Schließung der Fabriken anordnen. Klagen über die Entziehung von Arbeitern sind unverzüglich bei dem auftraggebenden Kriegsbekleidungsamt und der Kriegsamtstelle zur Sprache zu bringen. Das Schuhmacherfachblatt bemerkt hierzu: Die im Reichstarifvertrag für Militärschuhwerk festgelegten Löhne können doch nur den Sinn von Minimallöhnen und nicht von Maximallöhnen haben, ebenso wie anderseits Geschäftsleuten nicht verboten ist, Waren unter den für diese festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen. Wenn Schuhfabrikanten ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen wollen, so hat doch niemand einen Schaden davon, und warum sollte es ihnen daher nicht gestattet sein? —

Wittenberg. Kirchliche Eiferer. Der hiesige Zweigverein des Evangelischen Bundes hat am Sonntag in der Stadtkirche eine Erinnerungsfeier zugleich an Sedan wie die Schlacht bei Tannenberg abgehalten. Hierbei sprach auch ein Pfarrer Ungnad aus Berlin, und er leistete sich u. a. folgende Worte: „Gott ist gewiß neutral; kein Volk kann ihn für sich besonders in Anspruch nehmen. Und doch, wir wissen: Gott ist mit uns. Er kann uns nicht untergehen lassen, denn mit Deutschland wäre ja die Vormacht des Protestantismus dahin. Im Zeichen des Burgfriedens hat das Zentrum die Aufhebung des Jesuitengesetzes durchgesetzt. Wir fürchten die Jesuiten nicht, aber wir warnen das deutsche Volk vor ihnen. Vor einiger Zeit hat der Papst eine Friedensnote an die kriegführenden Mächte gerichtet, das war gewiß sein gutes Recht. Aber damit, daß er spezialisierte Vorschläge machte, begab er sich in die politische Arena. Und dadurch, daß die Mächte seine Friedensnote einer Besprechung unterzogen haben, haben sie ihn als Weltmacht anerkannt. Mag die Antwort der Mächte auch lauten, wie sie will, das eine ist leider wahr, daß das Papsttum einen gewaltigen Sieg errungen hat. Und das im Jubeljahr der Reformation! Demgegenüber wollen wir Evangelischen um so mehr wachsam sein und uns zusammenscharen, um die heiligsten Güter der Reformation zu schirmen." Und am Schluß der ganzen Feier meinte ein Professor Conradi: „Es sind unevangelische und undeutsche Kräfte am Werke, die uns einreden wollen, ein sog. Verzichtfrieden wäre für uns das beste. Mit einem solchen aber würden wir das Werk Luthers und Bismarcks vernichten und müßten uns dieser unsrer größten und besten Männer schämen. Darum wollen wir uns heute geloben, nur einen Frieden zu schließen, der unserm evangelischen Glauben, unserm deutschen Volke zum Segen gereicht." Es genügt wohl, alle diese Worte hier festzuhalten. Sie sprechen deutlich genug für sich. —

Kleine Chronik.

Der Schwindel mit dem Frachtbrief.

Nach Verübung eines großen Frachtbriefschwindels ist ein Kaufmann Wilhelm Löwenstein aus Frankfurt a. M. verschwunden. Er hat einen Duplikatfrachtbrief über eine Sendung im Werte von 100 000 Mark gefälscht. Der Flüchtige wird von einem jungen Mädchen begleitet. —

Der reiche Arme.

Im Norden Berlins wohnte seit längerer Zeit ein früherer Landwirt Ferdinand Wiedemann, der aus Tromp bei Braunsberg stammte und jetzt im Alter von 80 Jahren im städtischen Obdach gestorben ist. Der sonderliche Alte führte ein kümmerliches Dasein. Er gönnte sich nichts und mußte oft seine dürftige Wohnung wechseln, weil er den Wirtinnen durch die Beschwerden des Alters und ihre Folgen viel unangenehme Mühe machte, ohne ein entsprechendes Entgelt dafür zu bieten. Bevor er jetzt wieder eine neue Wohnung fand, wurde der ärmliche, hilflose Greis auf der Straße angehalten und einstweilen im Asyl für Obdachlose untergebracht. Hier hatte er in seiner Gebrechlichkeit das Unglück, von der Pritsche zu fallen und sich einen Bruch des Oberschenkelhalses zuzuziehen. Im Krankenhaus starb er bald an den Folgen dieses Unfalls. Jetzt ergab sich, daß der arme Mann bei einem Bankhaus die Kleinigkeit von 160 000 Mark angelegt hatte. Auf einem Postamt in Berlin liegen noch 300 Mark, die an Zinsen für ihn eingegangen sind. Der Hinterlegungsschein über sein Bankguthaben war ihm einmal verlorengegangen, wahrscheinlich gestohlen worden. Man hatte das Guthaben durch Sperrung gerettet; der Greis hatte aber wohl geglaubt, daß sein Guthaben verloren war. —

Bei einer Kahnfahrt ertrunken.

Aus Deutsch-Krone wird gemeldet: Bei einer Kahnfahrt auf dem Sarebensee bei Tempelburg sind der Müller Otto Nähring und seine Frau, die erst seit einer Woche verheiratet waren, ertrunken, da der Kahn plötzlich ein Leck erhielt und unterging. —

Die billigen Stiefel

Die Wiener „Arbeiterzeitung" schreibt: Ein Bauer trägt ein Paar schöne und gute Stiefel. Neben ihm sitzt ein Städter, der betrachtet die Stiefel voll Interesse und fragt dann: „Die Stiefel sind wohl recht teuer?" — „Aber nein," antwortet der Bauer. Billige Stiefel, die Quelle muß man erfahren, das Interesse des Städters wächst: „Wieso denn nicht?" — „Sie kosten zwei Gänse, genau wie im Frieden," sagt der Bauer seelenruhig. — „Zwei Gänse?" — „Nun ja, auch früher habe ich zwei Gänse in die Stadt gebracht, verkauft und mir für das Geld ein Paar Stiefel gekauft. Jetzt auch." — Der Städter schweigt, denn die Quelle kann er nicht ausnützen, für ihn sind die Stiefel um das Fünffache gestiegen. —

Die Polizeistunde in Sachsen.

Ein Feldgrauer schreibt in der „Kriegszeitung der 4. Armee: „Neulich besuchte ich einen alten Schulfreund. Kleines Nest in Sachsen. Um 9 Uhr ging's zum Stammtisch, um 10 Uhr war Feierabend, im Honoratiorenstübchen freilich noch nicht. Zwischen halb und dreiviertel 11 Uhr steckt der Nachtwächter seinen Kopf zur Tür herein und sagt vorwurfsvoll: „Awer, meine Haerren, 's is doch kleich dreiviertel elwe!" Der Wirt erwiderte treuherzig: „Ja, das dud uns ooch leid, das ist doch awer nich zu ännern!" Das leuchtete auch dem Nachtwächter ein und er verschwand." —

Eine schreckliche Fahrt.

In einem Personenzug zwischen Weimar und Eisenach trug sich's zu. Auf einer kleinen Station kamen zwei Theaterdirektoren zu mir ins Abteil. Theaterdirektoren — —, denn der eine sagte, als sie sich etwas verschnauft hatten: „Daß ich mir die Karoline Testout geholt habe, habe ich wirklich nicht zu bereuen gehabt. Sie ist bei ihrem Debüt sehr beifällig aufgenommen worden. — Haben Sie übrigens gelesen, was Dr. Quolke über sie in der Zeitschrift „Kunst, Natur und Wissenschaft" schreibt?"

„Nein, leider nicht," erwiderte der andre, „ich muß aber gestehen, daß ich die Erna Teschendorf vorziehe. Ich habe mit ihr ein Geschäft gemacht, wie noch mit keiner andern. Ihre Liebhaber reißen sich um sie — —." Geschäft gemacht — — Liebhaber?? Ein schrecklicher Verdacht stieg in mir auf: das sind am Ende gar Mädchenhändler — — nein, auch nicht: Irrenhäusler, denn der erste fing wieder an: „Packt man sie alle beide in Mist und schneidet ihnen die Augen aus — — —."

Das war zuviel. Ich zog die Notbremse — und mußte nach Paragraph soundsoviel der Eisenbahnordnung hundert Mark Strafe zahlen. Denn wer unbefugt die Notbremse zieht usw. — — Und unbefugt war das Ziehen der Notbremse, wie der Zugführer meinte, weil ich mich leicht davon hätte überzeugen können, daß die Herren, vor denen ich flüchtete, Rosenzüchter aus Erfurt waren. („Simpl.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170904-10/fragment/page=0006